

Zweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt



Inhalt

Begrüßung	7
Erfahrungsberichte aus der Kommunalen Praxis: wesentliche Schwierigkeiten, wesentliche Erfolgsfaktoren	
Beitrag von Reiner Michaelis, Groß-Umstadt	9
Beitrag von Margarete Gallhoff, Leipzig	15
Beitrag von Prof. Dr. Ludger Sander, Bonn	18
Beitrag von Carsten Herzberg, Centre Marc Bloch, Berlin	21
Beitrag von Günter Scheib, Bürgermeister der Stadt Hilden	26
Erwartungen an das Bürger- und Beteiligungshaushalts – Netzwerk.....	30
Anhang	
Tagesprogramm	34
TeilnehmerInnenliste	35
Literaturliste zu Gender Budgeting	36
Publikationen	40
Über uns	43

Begrüßung

Das „2. Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt“ fand am 12.10.2004 statt und wurde von Ulrich Nitschke, dem Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der InWEnt gGmbH eröffnet. Zu Beginn der Veranstaltung stellte er das Tagesprogramm vor und gab einen kurzen Überblick über die Entwicklungen seit dem letzten Treffen vor einem Jahr.



Ulrich Nitschke



Andreas Dellbrügge

Ulrich Nitschke und Andreas Dellbrügge, der bei der Servicestelle für das Thema „Bürgerhaushalt“ verantwortlich ist, haben im vergangenen Jahr insgesamt zehn Kommunen in der ganzen Bundesrepublik zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt besucht und beraten. Einiges deutet darauf hin, so Ulrich Nitschke, dass sich das lose Netz der BBHH-Aktiven und Interessierten, das vor einem Jahr angedacht worden sei, verdichtete. Allerdings laufe die strukturierte Umsetzung der Bürgerhaushalte schleppend, manche Kommunen stellten den Prozess sogar ganz ein. Eine Schlussfolgerung aus den Erfahrungen und den Gesprächen des vergangenen Jahres sei, dass es auf ganz konkrete Fragen kommunaler Art bei der Planung und Umsetzung von Bürgerhaushalten ankomme, so z.B. die Frage „was kostet das?“. Die Servicestelle bekomme dementsprechend auch viele Anfragen mit solchen sehr praxisrelevanten Fragen.

Aus diesem Grund stünde der Austausch über konkrete Erfahrungen noch einmal im Mittelpunkt des Netzwerktreffens. Anhand einiger Erfahrungsberichte solle das Netzwerktreffen die Gelegenheit bieten, sich intensiv über konkrete Fragen der Planung und Umsetzung von Bürgerhaushalten zwischen und mit PraktikerInnen auszutauschen.

Zur weiteren Strukturierung der Diskussionen stellte Herr Nitschke im Folgenden einige Leitfragen vor, mit denen die Referenten vorab vertraut gemacht worden waren:

Leitfragen für den Erfahrungsaustausch

- Was kostet der Bürgerhaushalt in Ihrer Kommune? Welche Einsparungen sind möglich?
- Welche politischen Handlungsfelder sind Teil des Bürgerhaushalts? Wo sind die höchsten Anschlussmöglichkeiten?
- Wie gestalten Sie die Öffentlichkeitsarbeit? Wie gewinnen wir die nichtorganisierten BürgerInnen? (die „80 %-Frage“)
- Wie weit reicht die Beteiligung? (Ist der Bürgerhaushalt das „Ersatzparlament“?) – Welche Bevölkerungsgruppen / wen spreche ich an – wie wird das Angebot angenommen?

Ulrich Nitschke wies darauf hin, dass am Ende des Treffens Zeit vorgesehen sei, um die Erwartungen der Teilnehmenden an das Netzwerk und seine weitere Entwicklung – und somit auch an die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt – zu diskutieren.

Erfahrungsberichte aus der Kommunalen Praxis: Wesentliche Schwierigkeiten, wesentliche Erfolgsfaktoren

Beitrag von Reiner Michaelis, Groß-Umstadt

Als erster Referent stellte Herr Michaelis den Bürgerhaushalt der Stadt Groß-Umstadt in Hessen vor. Herr Michaelis ist seit 1991 in der Stadtverwaltung beschäftigt, ursprünglich in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. 1998 wurde auf dieser Stabstelle zusätzlich das Agenda-Büro angesiedelt und schließlich wurde sie auch mit der zentralen Steuerungsunterstützung betraut (Projektmanagementunterstützung für Projekte des Bürgermeisters).



Reiner Michaelis

Groß-Umstadt ist Mitglied im Netzwerk „Kommunen der Zukunft“, einer Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der KGSt. Dieser kommunale Kooperationsverbund griff bereits 1998 internationale Beispiele auf und richtete die Arbeitsgruppe „kommunaler Bürgerhaushalt“ unter der Federführung der Stadt Rheinstetten ein.

Der Weinort Groß-Umstadt („die Odenwälder Weininsel“) liegt in Südhessen, im Landkreis Darmstadt-Dieburg und ist Mitglied der deutschen Fachwerkstraße.

Zu Beginn seiner Präsentation stellte Herr Michaelis in einem Überblick zunächst die drei

Säulen der jüngsten Veränderungen in der Stadt vor:

- **die Verwaltungsreform,**
- **die Lokale Agenda 21** und
- **den Bürgerhaushalt.**

1. Die Verwaltungsreform

Groß-Umstadt hat insgesamt 22.600 Einwohner (11.000 Einwohner Umstadts sowie der acht eingemeindeten Dörfer) und besteht aus neun Stadtteilen.

Die Verwaltungsreform wird bereits seit 1994 umgesetzt. Ihre Ziele:

- Mehr Wirtschaftlichkeit
- Echte Kostentransparenz
- Effektivität
- Bürgernähe
- Schlanke Ablauforganisation
- Aktuell: die Einführung der Doppik

Als Methode zur Umsetzung dieser Ziele wird auf eine zentrale Steuerungsunterstützung durch eine Stabstelle gesetzt – um strategisches Management in der Verwaltung zu sichern sowie Projektsteuerung und Teamarbeit. Verschiedene Prozesse werden durch Moderation unterstützt.

Weitere wichtige Elemente der Verwaltungsreform seit 1994 waren die Einführung der Budgetierung, eines Berichtswesens sowie der Kosten-Leistungsrechnung mit den Stadtwerken. Im Rahmen der Reform wurden auch die Ämter umstrukturiert um u.a. Synergien besser zu nutzen. Aus neun Ämtern wurden sechs Fachbereiche, eine weitere Reduzierung auf fünf Fachbereiche steht bevor. Insgesamt arbeiten 80 MitarbeiterInnen in der Verwaltung. Zusätzlich sind 60 Erzieherinnen angestellt sowie 60 Personen, die in den „UmStadtWerken“ arbeiten (d.h. in den Bereichen Wasser, Kanal und auf dem Baubetriebshof).

Um mehr Bürgernähe zu erreichen wurde das „UmStadtBüro“ eingerichtet, ein „front office“, in dem fünf Bürger-BeraterInnen arbeiten. 90 % aller Verwaltungsangelegenheiten können von den BürgerInnen direkt dort erledigt werden.

Was im Rahmen der Verwaltungsreform nach Herrn Michaelis noch fehlt, sind ein Leitbild und Leitlinien für die Verwaltung – eine „verbindliche Firmenphilosophie“. Eine Verwaltungsagenda sei aber momentan im Entstehen.

Besonders wichtig an der Verwaltungsreform sei, so Herr Michaelis, dass sie in der Verwaltung bereits seit 1994 viel Bereitschaft für Neuerungen geweckt habe, was wiederum eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 und des Bürgerhaushalts gewesen sei – LA21 und Bürgerhaushalt würden heute „selbstverständlich angenommen“. Von Vorteil sei auch die Überschaubarkeit Groß-Umstadts: Jeder kenne jeden und der Bürgermeister habe eine zentrale und integrierende Funktion.

Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Beteiligung spielten nicht nur für die Verwaltungsreform, sondern auch für die lokale Agenda 21 und den Bürgerhaushalt eine wichtige Rolle. Der Bürgerhaushalt, so Herr Michaelis, sei auch nicht „der große Renner und das Allheilmittel“, vielmehr seien alle drei Säulen miteinander verwoben, so wie auch die Akteure miteinander verwoben seien (Verwaltung, Politik und Bürger). Aus dieser Erfahrung heraus sei es von Bedeutung, die Prozesse der drei Säulen zusammenzuführen.

2. Die Lokale Agenda 21

Groß-Umstadt hat sich das Ziel gesetzt, die LA21 als einen offenen und öffentlichen Prozess mit klarem Verfahren und hoher Verbindlichkeit umzusetzen.

Basierend auf einem ersten Beschluss von 1997 zur Einführung einer LA21 wurden ab 1998 die ersten Vorbereitungen dafür getroffen, um ab 1999 dann mit dem Prozess der Bürgerbeteiligung zu beginnen. Dieser Prozess machte eine aufwendige Organisationsstruktur notwendig: In Arbeitsgruppen, einer Strategiegruppe, Foren und Plena wurde mit der Unterstützung von externer Fachberatung und Moderation (für 5 Jahre) diskutiert. In dieser Zeit wurden parallel auch in der Verwaltung sowie in der Bürgerschaft ModeratorInnen ausgebildet, die diese Funktion seit dem Wegfall der externen Unterstützung übernehmen. Dabei war klar, dass die Diskussionen im Rahmen der LA21 nicht die formalen Wege der Gremien und Ausschüsse ersetzen sollten. Es gab und gibt aber den Konsens, dass die BürgerInnen sich in den Gremien und Ausschüssen beteiligen dürfen. Der Prozess wurde während des gesamten Zeitraums vom Agenda-Büro im Rathaus unterstützt, u.a. auch durch die notwendige Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig war allerdings auch, so Herr Michaelis, die Unterstützung seitens Politik und Verwaltung.

2001 wurde die LA21 – also das Kommunale Handlungsprogramm – einstimmig angenommen. Die Stadtverordnetenversammlung Groß-Umstadts „sieht in dem Agenda-Prozess eine wichtige bürgerschaftliche Unterstützung ihrer kommunalen Aufgaben, die zu neuen Ideen führt, neue Wege zu einem übergreifenden Konsens auslotet und Selbsthilfe organisiert“.

An der LA21 beteiligten sich aktiv ca. 120-130 Menschen, so Herr Michaelis. Man müsse sich allerdings immer wieder etwas Neues einfallen lassen, damit diese Beteiligung nicht einschlafe.

So werde jedes Jahr beispielsweise ein Treffen organisiert um Rückschau zu halten und eine Bilanz zu ziehen. Man habe auch damit begonnen, Indikatoren für die Zielerreichung zu formulieren und es solle eine Verwaltungsagenda erarbeitet werden. Dazu werde im nächsten Jahr eine Zukunftswerkstatt mit der Verwaltung durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Lokalen Agenda 21 gab es in Groß-Umstadt keine zentrale Auftaktveranstaltung, sondern einzelne kleinere Veranstaltungen in den Stadtteilen. Es sei wichtig in „die Dörfer“, direkt zu den Menschen zu gehen, so Herr Michaelis, und so hätten sich an den dezentralen Auftaktveranstaltungen auch viele BürgerInnen beteiligt.

Wenn die Verwaltung zu den Bürgern geht, dann überzeuge das, so der Referent – dies sei immer ein Erfolgsfaktor und wichtig für das Image der Verwaltung. In Groß-Umstadt gehe man nach wie vor vor Ort, dies sei ein System das trage, insbesondere auch für die Lokale Agenda 21.

Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 werde immer wieder von dem Dreieck Ökologie – Ökonomie – Soziales gesprochen und davon, dass alle drei „Ecken“ in den Prozess integriert sein müssten, so der Referent. Im Rahmen des Bürgerhaushalts ließe sich dieses Dreieck bestehend aus Politik – Bürger – Verwaltung darstellen, und auch in diesem Falle sei es von großer Bedeutung, dass alle drei Gruppen in den Prozess integriert würden, so Herr Michaelis, womit er zur dritten Säule der Veränderungen der letzten Jahre in Groß-Umstadt überleitete.



3. Der Bürgerhaushalt

In 2000 wurde in Groß-Umstadt eine Broschüre an alle Haushalte verteilt, in der die BürgerInnen auf die Möglichkeit hingewiesen wurden, sich zukünftig aktiv an der Haushaltsaufstellung zu beteiligen. Dies wurde dann erstmals im Jahr 2001 umgesetzt: Dazu wurde (und wird) nach dem Verwaltungsentwurf des Haushalts und vor der parlamentarischen Beratung eine Bürgerhaushalts-Informationsveranstaltung abgehalten um Ideen und Vorschläge für (Agenda-) Projekte und Änderungswünsche zum Haushalt zu erfassen und in die Ausschüsse zu geben. In der an die BürgerInnen verteilten Broschüre werden neben einer Gesamtübersicht über den Haushalt einzelne bürgernahe und relevante Themen, wie z.B. Kindertagesstätten oder Gebäudemanagement herausgegriffen und diskutiert. Im Rahmen der Bürgerversammlung werden dann Befragungen zu diesen konkreten Themen durchgeführt und alternative Lösungsmodelle vorgestellt. Im Anschluss wird ein Stimmungsbild gemacht – keine Abstimmung (denn die Bürgerversammlung ist weder repräsentativ noch entscheidungsbefugt). Dieses Stimmungsbild wird an die Politik weiter gegeben. Bisher habe die Politik, so Herr Michaelis, dieses Stimmungsbild immer aufgenommen.

Im Jahr 2001 wurden bereits insgesamt zwölf Vorschläge seitens der BürgerInnen eingereicht; elf Vorschläge wurden tatsächlich auch aufgegriffen und umgesetzt. Im Durchschnitt fließen seitdem ca. zehn Vorschläge pro Jahr in die Haushaltsdiskussion ein.

Für Groß-Umstadt beinhalte der Bürgerhaushalt, so der Referent, die Chance kommunale Ziele und deren Zahlen offen zu legen – was auch eine enorme Innenwirkung habe.

Um das Konzept des Bürgerhaushalts greifbarer zu machen, stellte Herr Michaelis im Folgenden thesenartig vor, was darunter zu verstehen sei:

- Eine gemeinsame Initiative von Verwaltung und Politik;
- Eine für Laien lesbare und verständliche Kurzfassung des Haushaltsplanentwurfs;
- Ein Ansatz zu mehr Bürgernähe, Transparenz und Vertrauen;
- Eine Chance, kommunale Ziele (und deren Zahlen) offen zu diskutieren;
- Ein Instrument für einen sachbezogenen Dialog intern und extern (vs. Informationspolitik „von oben nach unten“);
- Ein öffnender Weg über die bestehenden „Beteiligungsangebote“ hinaus (Ausschüsse, Bürgerversammlungen);
- Eine Ergänzung, kein Ersatz! für etablierte demokratische Prozesse.

Die „Kosten“ eines Bürgerhaushalts lassen sich nach Herrn Michaelis wie folgt zusammenfassen:

- Die Bereitschaft, im „Dreieck“ von Verwaltung – Politik – Bürger neue Wege zu gehen – allerdings gebe es, so der Referent, immer Widerstände;
- Den Aufwand, ein solides und verlässliches Verfahren zu finden, das die Ziele erreichbar macht und Versprechen auch mittelfristig nicht beschädigt; es sei zu beobachten, so der Referent, wie in vielen Kommunen der LA21 Prozess versande; dies sei unter allen Umständen zu vermeiden. Es gelte deutlich zu machen, dass, wenn ein solcher Prozess begonnen werde, dies auch so gut und solide getan werde, dass die BürgerInnen von Anfang an wüssten, was später mit ihren Beiträgen passiere. Es gehe also um verlässliche Verfahren als Gegenteil von blindem Aktionismus.
- Vertrauensbildung und Engagement besonders in der Verwaltung (BürgermeisterInnen, Kämmerer, Öffentlichkeitsarbeit) schon im Vorfeld;
- Offenheit für Vorschläge von Bürgern und Mut in der Politik, zumindest einige Anregungen auch anzunehmen und umzusetzen, damit die „Zusammenarbeit“ erfolgreich vermittelt werden kann, insbesondere auch Offenheit des Bürgermeisters;
- Geld für die Broschüren und deren Verteilung (5.400 Stck. = ca. 6.000 €; die Broschüren werden in Groß-Umstadt dem amtlichen Bekanntmachungsblatt beigelegt).

Als Erfolgsfaktoren hob der Referent insbesondere hervor, dass der Bürgermeister den Bürgerhaushalt wollen und dass sich in der Verwaltung jemand darum kümmern müsse. Außerdem sollte ein verbindlicher Zeitplan eingehalten werden. Wichtig seien auch der Einsatz moderner Medien und eine zurückhaltende Moderation bei Bürgerversammlungen: Präsentationen sollten ein Dialog-Angebot und keine langatmigen Vorträge sein, also eher aus kurzen Inputs und Leitfragen bestehen. Alle Anregungen, auch geringfügige, sollten notiert und (später!) kommentiert bzw. beantwortet werden. Und schließlich solle man sich auch von einer mageren Beteiligung von 40-80 BürgerInnen nicht schrecken lassen.

Im Anschluss stellte Herr Michaelis die Frage nach dem Nutzen des Bürgerhaushalts und beantwortete sie für Groß-Umstadt wie folgt:

- Interessierte Bürger mit durchaus gegensätzlichen Haltungen kommen an einen Tisch – das führt zu neuen Dialogen!
 - Der Prozess schafft seitens der BürgerInnen Verständnis für kommunalpolitisches Handeln (Chancen und Zwänge);
 - Renommee für Verwaltung, Politik und die Stadt;
-

- Stärkung und Ergänzung ohnehin laufender Prozesse wie Verwaltungsreform, Lokale Agenda, Neue Steuerung, Öffnung zum Bürger hin (Stadtbüro, Bürgertelefon, etc.);
- Neue Kultur des Miteinanders auf allen Ebenen (innerhalb der Fraktionen, zwischen Verwaltung und Fraktionen und mit den Bürgern);
- Einbindung der aufmerksamen und kritikfreudigen Bürger.

Teilweise verlange die Offenlegung von Informationen aber auch Mut, so Herr Michaelis, z.B. wenn es darum gehe, transparent zu machen, in welche Bereiche Subventionen in welchem Umfang flössen.

Abschließend fasste der Referent seine Beobachtungen und Eindrücke zum Bürgerhaushalt in Groß-Umstadt zusammen. Die Teilnehmerzahl an der öffentlichen Bürger-Beteiligungs-Versammlung hänge sehr von der individuellen Betroffenheit der Menschen ab, in diesem Sinne dominiere Taktik auch die Strategie, was sich nachteilig auf die Nachhaltigkeit auswirke, da der Blick für das Mittel- und Langfristige verloren gehe. Außerdem sei zu beobachten, dass „leise sehr laut gesprochen werde – laut nur ganz selten“, so werde am Stammtisch oftmals sehr laut über Themen debattiert, in der Bürgerversammlung sei dann jedoch oftmals nichts zu hören.

Die Erwartungen, eine Massenbewegung auszulösen bzw. nach zwei Jahren Bürgerhaushalt eine neue Kultur eingeführt zu haben, erfülle sich nicht. Aber das höhere Ziel zähle – Durchhaltevermögen sei nötig und lohnend („Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut ...“).

In der an die Präsentation anschließenden Diskussion wurde aus dem Plenum nachgefragt, wie in Groß-Umstadt mit dem Umstand umgegangen werde, dass „am Stammtisch laut, in der Versammlung leise“ gesprochen werde, und ob sich dies auch methodisch gestalten ließe. Herr Michaelis unterstrich in seiner Antwort, dass sich an diesem Umstand etwas ändern müsse, denn viele TeilnehmerInnen an Bürgerversammlungen seien passiv und hörten einfach nur zu. Außerdem argumentierten viele BürgerInnen nicht politisch, sondern „aus dem Stadtteil heraus“, je nach individueller Betroffenheit und Interessenlage. Eine mögliche Idee sei es, den Informationsteil in Bürgerversammlungen zu verkürzen um im Anschluss im Rahmen einer Podiumsdiskussion aktuelle Themen vom Bürgermeister und anderen RepräsentantInnen diskutieren zu lassen. Eine solche Diskussion könne dabei helfen, die BürgerInnen mutiger zu machen und das Wort zu ergreifen. Aber auf jeden Fall sei es wichtig innovativ zu bleiben und sich immer neue Möglichkeiten einfallen zu lassen, um die BürgerInnen anzuregen sich zu beteiligen.

Eine weitere Frage aus dem Plenum bezog sich auf das Thema der internen oder externen Moderation. Der Fragende aus dem Plenum wies darauf hin dass wenn in seiner Stadt, einer Großstadt, nicht von externer Seite moderiert würde, und die Moderation von der Verwaltung zu leisten sei daraus die Angst vor einer „Superbehörde“ oder einem „Kontrollamt“ entstehen könne. Die Frage sei also, wie „extern“ die Moderation sein müsse, damit eine solche Angst nicht entstehe – und welche Kosten damit verbunden seien. In seiner Antwort stellte Herr Michaelis dar, dass die Verwendung „interner“ Moderatoren für Groß-Umstadt kein Problem sei. Man könne, je nachdem um welches Thema oder welche Art der Versammlung es ginge, beispielsweise auch ModeratorInnen aus anderen Fachbereichen oder Ämtern hinzuziehen, und so für etwas mehr „Distanz“ sorgen.

Abschließend fasste Ulrich Nitschke einige wichtige Aspekte der Vorgehensweise in Groß-Umstadt zusammen:

- Die Auswahl bürgernaher Themen wie z.B. Kindergarten, Friedhof, Abfall ist für die Diskussion im Rahmen des Haushalts wichtig, weil sie die konkreten Interessen und Bedürfnisse der BürgerInnen widerspiegelt und den Haushalt greifbar macht;
 - Aufsuchende Bürgerarbeit ist von besonderer Bedeutung – zu den BürgerInnen in die Stadtteile/ Bezirke/ Dörfer zu gehen, um Nähe zu erzeugen und zu zeigen, dass es Verwaltung und Politik ernst ist;
-

- Regelmäßige Vertrauensbildung ist wichtig – innen wie außen, z.B. durch Bürgerhandreichungen;
- „Die, die da sind, sind die Richtigen!“ – auch die Beteiligung weniger BürgerInnen ist ein Erfolg; der Bürgerhaushalt braucht Durchhaltevermögen und immer wieder gute Ideen, wie man die BürgerInnen zu mehr Beteiligung anregen kann;
- Der Kämmerer ist von besonderer Bedeutung für den Prozess – „der Kämmerer ist der Kümmerer“;
- ALLE Verwaltungsmitarbeiter müssen einbezogen sein und mitziehen, dabei muss das Dreieck Politik – Verwaltung – Bürger berücksichtigt werden: Alle drei „Ecken“ müssen involviert sein;
- Nicht die Haushaltsstrategie wird diskutiert, sondern das „Kleinteilige“ – je nach Betroffenheit und Interessenlage. Das hat Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit, wenn nicht auch mittel- oder langfristige Aspekte des Haushalts berücksichtigt werden.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.gross-umstadt.de
 - www.kommunen-der-zukunft.de
-

Beitrag von Margarete Gallhoff, Leipzig – Stand der Dinge

Zu Beginn ihres Erfahrungsberichtes schilderte Frau Margarete Gallhoff die Vorgeschichte der Bemühungen um einen Bürgerhaushalt in Leipzig.



Margarete Gallhoff

Es gab verschiedene Quellen des Interesses am Bürgerhaushalt in Leipzig, die sich bei der Auftaktveranstaltung am 06.03.2004 in Leipzig trafen:

- Bündnis 90/Die Grünen hatten eine Broschüre zu dem Thema entwickelt, die die Bevölkerung mit dem Thema Bürgerhaushalt vertraut machen sollte und erste Ansätze zur möglichen Umsetzung aufzeigt. Diese kam zu dem Zeitpunkt frisch aus der Druckerpresse.
- Eine Mitarbeiterin des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“, die an der Universität Chemnitz arbeitet, organisierte mit dem dortigen Agenda- Büro eine In-

formationsveranstaltung. Die dort geknüpften Kontakte wurden genutzt, um auch im Leipziger Rathaus interessierten BürgerInnen den Bürgerhaushalt vorzustellen.

Veranstalter waren „Mehr Demokratie e.V.“ in Kooperation mit der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, moderiert durch eine Mitarbeiterin des Agenda-Büros.

Leipzig hatte 1989 ca. 500.000 Einwohner. Durch den rapiden Arbeitsplatzverlust nach der Wende hat Leipzig viele Einwohner verloren, die im Westen Arbeit suchten. Außerdem gab es Abwanderung in das Umland, in dem in großem Stil neue Wohngebiete ausgewiesen wurden. 1999 wurden zwölf Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern eingemeindet. In den letzten zwei Jahren gibt es eine geringe Zunahme der Bevölkerung. Trotzdem hat die Stadt die Einwohnerzahl von 500.000 nicht wieder erreicht.

Im September 2004 fand auch eine Bürgersprechstunde mit dem Oberbürgermeister, Herr Tiefensee statt, in dem die Eckpunkte des Haushaltsplan-Entwurfs für 2005 vorgestellt wurden. Zu der Bürgersprechstunde kamen sieben BürgerInnen, obwohl der Oberbürgermeister, so Frau Gallhoff, Rede und Antwort habe stehen wollen. Herr Tiefensee führte aus, dass die Haushalts-situation sich schwierig darstellt. Der Planentwurf 2005 weist erstmals keinen ausgeglichenen Haushalt auf. Ein Ausgangdefizit von 70 Mio. € mache Einsparungen notwendig. So müssten bis 2006 insgesamt 440, und im Anschluss voraussichtlich noch einmal 200 Stellen in der öffentlichen Verwaltung eingespart werden. Das für die Organisation und Koordination des Bürgerhaushalts Stellen geschaffen werden, scheint im Augenblick ziemlich unwahrscheinlich.

Auf der Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt im März 2004, an der insgesamt 50 Personen teilnahmen, wurde beschlossen sich in Leipzig weiter für einen Bürgerhaushalt zu engagieren. Die Hauptverantwortung für den Prozess wurde an das Agenda-Büro weiter gegeben – ein externes Büro, das alle Projekte der Lokalen Agenda 21 koordiniert. Das Büro ist mit zwei Personen besetzt, die nun auch den Prozess hin zum Bürgerhaushalt moderieren. Seit der Auftaktveranstaltung haben insgesamt drei Treffen stattgefunden, die Beteiligung an diesen Treffen sei stetig gesunken, so die Referentin. Am letzten Treffen hätten insgesamt noch fünf Personen teilgenommen.

Auf dem ersten Arbeitstreffen zum Bürgerhaushalt im Mai 2004 wurden zunächst die Rahmenbedingungen für die Vorbereitung eines Bürgerhaushaltes diskutiert, so z.B. die momentanen Möglichkeiten, Probleme für die Umsetzung, Methoden zur Umsetzung, etc. Im Rahmen des zweiten Treffens im Juli 2004 nahm sich der amtliche Leiter der Stadtkämmerei dem Thema „wie liest man den Haushaltsentwurf“ an, und im Rahmen des dritten Treffens, im September 2004 wurden von den Beteiligten (fünf Personen) grundsätzliche Vorschläge zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltsplans gesammelt, sowie grundsätzliche Vorschläge zur Beteiligung am Haushaltsplan. Dazu zählten:

Grundsätzliche Vorschläge zur Verbesserung der Lesbarkeit des Haushaltsplans:

- VHS-Kurs zum Lesen und Mitgestalten des Haushaltsplans anbieten;
- Unterschiedliche Darstellung von Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen;
- Die Leistungen der Ämter den Kosten zuordnen;
- Benchmarking zu den Kosten bei den Pflichtaufgaben durchführen;
- Aufbereitung ausgewählter und besonders interessanter Kapitel für BürgerInnen; begründen wodurch die Höhe einer Haushaltsposition zustande kommt;
- Dabei grafische Darstellungen nutzen, um Größenverhältnisse abzubilden;
- Haushalte der Eigenbetriebe in die Betrachtung einbeziehen;
- Allgemeine Informationen zur unterschiedlichen Stellung der Rechtsformen Eigenbetrieb und Beteiligungsgesellschaft geben;
- Jahresbericht des Rechnungsprüfungsamtes einbeziehen bzw. öffentlich machen;
- Bund der Steuerzahler in Beteiligungsverfahren einbeziehen;
- Systematisches Prozesscontrolling durchführen.

Grundsätzliche Vorschläge zur Beteiligung am Haushaltsplan:

- Die bestehenden Ortschaftsräte in eingemeindeten Gebieten in den Prozess einbeziehen. Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten umwandeln und damit Verfügungsfonds für alle Stadtteile einführen (es gibt in Leipzig Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte; die Ortschaftsräte verfügen über eigene Budgets über die sie verfügen und mit denen sie arbeiten können; die Stadtbezirksräte verfügen über keine eigenen Budgets und müssen deshalb auch anders agieren. Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der Gremien sind der sächsischen Gemeindeordnung festgelegt).
- Für ein zentrales Beteiligungsverfahren: Beteiligte Bürger per Zufall auswählen und zeitlich befristet beteiligen (keine „Berufsbürger“).
- Klären: wie erfolgt die Beteiligung an der Aufstellung der Wirtschaftspläne (der Eigenbetriebe).

Zusätzlich wurden erste Ideen gesammelt, um den Ablauf eines Haushaltsaufstellungsverfahrens anhand eines Planspiels mit einer Zufallsauswahl von BürgerInnen „durchzuspielen“.

Abschließend fasste die Referentin zusammen, dass man in Leipzig noch nichts zur tatsächlichen Umsetzung des Bürgerhaushaltes sagen könne, es ließen sich jedoch einige Hemmnisse für die Bürgerbeteiligung identifizieren:

- Der Haushaltsplan ist für nicht in der Kameralistik Geschulte kaum lesbar;
 - Die Kameralistik lässt keine direkte Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen erkennen, was die Interpretation und das Ziehen von Schlussfolgerungen erschwert;
-

- Die Trennung zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt ist für das Verständnis nicht förderlich;
- Der Haushaltsplan wird nur für kurze Zeit (sieben Arbeitstage) öffentlich ausgelegt, was die Durchsetzung von Partialinteressen begünstigt (derjenigen, die gut organisiert sind und schnell reagieren);
- Die öffentlichen Sitzungen zum Haushaltsplan-Entwurf vermitteln keine Sachverhalte und Entscheidungsalternativen;
- Es mangelt an Transparenz, Entscheidungen und deren Ursachen oder Hintergründe, z.B. vertragliche Bindungen (und deren Zustandekommen), Förderrichtlinien von EU, Bundesregierung und Land, werden nicht klar;
- Die Entscheidungsfindung begrenzt sich auf einen „Insider-Kreis“
- Die sozial räumliche Planung ist nur in bestimmten Fällen möglich (Jugendamt) sonst aber unüblich – das bedeutet einen erschwerten Zugang für die Beteiligung auf der Ebene der Stadtbezirke/ Stadtteile.

Zusätzlich wies Frau Gallhoff darauf hin, dass es bisher keinen politischen Beschluss zur Umsetzung eines Bürgerhaushalts gibt, allerdings könne man davon ausgehen, dass der Oberbürgermeister dem Bürgerhaushalt positiv gegenüber steht.

In der an die Vorstellung anschließenden Diskussion stieß die Idee der Durchführung eines Planspiels auf großes Interesse. Ein Planspiel sei eine gute Initiative und eine gute Diskussionsgrundlage, allerdings müsse aus dem „Spiel“ irgendwann auch „Ernst“ werden, so Stimmen aus dem Plenum. Die Referentin bekräftigte daraufhin noch einmal, dass nach dem Planspiel zunächst eine „handlichere Darstellung“ der maßgeblichen Bereiche im Haushalt und eine tatsächliche Umsetzung eines Bürgerhaushalts angestrebt werde. Bisher befinde man sich tatsächlich noch eher auf einer „Spielwiese“.

In seiner abschließenden Zusammenfassung der hemmenden Faktoren für einen Bürgerhaushalt der Stadt Leipzig unterstrich Ulrich Nitschke, dass die Umsetzung eines Bürger- und Beteiligungshaushalt ohne die Unterstützung und das Engagement von Politik und Verwaltung schwerlich erfolgreich sein kann. In diesem Sinne komme einem politischen Beschluss als eindeutigem „JA“ zum Bürgerhaushalt eine besondere Bedeutung zu.

Kurzbeitrag von Prof. Dr. Ludger Sander, Kämmerer der Stadt Bonn

Im Anschluss an den Beitrag von Frau Gallhoff gab Herr Prof. Dr. Ludger Sander, Kämmerer der Stadt Bonn, einen kurzen Überblick über den Entwicklungsstand des Bürgerhaushalts in Bonn. Dazu wies er zunächst auf die Haushaltssituation der Stadt hin, denn Bonn befindet sich derzeit in der vorläufigen Haushaltsführung, was auf Steuerrückerstattungen in größerem Umfang zurück zu führen sei. Die wirtschaftliche Situation Bonns stelle sich jedoch, so Herr Sander, als gut dar.



Dr. Ludger Sander

In Bonn begann man vor etwa anderthalb Jahren, sich mit dem Thema „Bürgerhaushalt“ zu beschäftigen. Den Anstoß dazu hätten die Fraktionen der Grünen und der PDS sowie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt geliefert. Im September 2003 wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Kämmererei der Stadt, moderiert von Ulrich Nitschke als Servicestellenleiter, gebildet. Anfangs wurden im Rahmen der Arbeitsgruppentreffen informative Vorträge zum Bürger- und Beteiligungshaushalt in Porto Allegre gehört. Bisher wird im Jahr eine zentrale Veranstaltung

durchgeführt, zu der alle BürgerInnen eingeladen sind. Dort werden beispielsweise die Haushaltszusammenhänge erklärt, der Einfluss der Kommunen auf Einnahmen und Ausgaben, oder auch die Entwicklungen der letzten zehn Jahre. Die Resonanz auf diese Veranstaltungen war bisher gering: beim ersten Mal waren 50 Personen anwesend, bei der zweiten Veranstaltung waren es nur noch zehn. Die Veranstaltung sei jedoch eine sehr konzentrierte und interessante Versammlung gewesen und ein Gewinn auch unter dem Aspekt Öffentlichkeit erzeugen zu wollen (Anwesenheit der Presse), so Herr Sander.

Ab dem kommenden Jahr 2005 ist nun geplant, zusätzlich zu der einen zentralen Veranstaltung vier BürgerInnen-Versammlungen in den Stadtbezirken durchzuführen. Die Schwerpunkte dieser dezentralen Veranstaltungen sollen auf sehr konkreten Themen wie z.B. Kindergärten, Schulen, Gewerbegebiet, u.ä. liegen.

Die bisherige Erfahrung sei auch, so Herr Sander, dass aus der Verwaltung vorgegeben werden müsse, welche Haushaltsbereiche zur Diskussion stehen, welche Prioritäten die Verwaltung habe – und warum. Dies könne eine Diskussionsgrundlage sein. Dieses Vorgehen des „Vorsortierens“ sei zielführender als alle Themen „von unten her“ entwickeln zu lassen.

Geplant ist, in Bonn eine Broschüre zu erstellen, in der der Haushalt verständlich dargestellt werden soll. Für die Öffentlichkeitsarbeit sollen die Stadtzeitung und „Webscreens“ in den U-Bahnen genutzt werden um für Bürgerversammlungen zu werben und darüber zu informieren. Angedacht ist auch die Nutzung des Internets als Medium um Vorschläge einreichen zu können. Der Bonner Haushaltsentwurf ist mittlerweile im Internet abrufbar, sowie auf CD erhältlich. Über die Presse sollen einzelne Themen herausgegriffen, aufbereitet und dargestellt werden.

Bisher seien Ergebnisse und Vorschläge aus Bürgeranhörungen an die politische Ebene weitergegeben worden, so der Referent, die Frage sei allerdings, wie repräsentativ diese Vorschläge seien.



Josef Kömpel

Herr Josef Kömpel, Abteilungsleiter in der Kämmerei der Stadt Bonn, ergänzte, dass es ausgesprochen wichtig sei, dass die Verwaltung hinter diesem Prozess stehe, denn das Engagement sei freiwillig, und wenn die Verwaltungsmitglieder sich nicht mit dem Prozess identifizierten, funktioniere der Bürgerhaushalt nicht. Er fügte auch hinzu, dass es den Haushaltsentwurf zwar auf CD und im Internet gebe, es sei aber nicht möglich, auch den abschließenden Haushalt zu digitalisieren, der Aufwand sei zu groß (insbesondere der Formatierungsaufwand hat für den Haushaltsentwurf zwei Monate in Anspruch genommen).

Ulrich Nitschke fasste die Vorgehensweise der Stadt Bonn im Anschluss zusammen:

- Es hat sich eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, die nach dem Konsensprinzip arbeitet;
- „Spezialthemen brennen den BürgerInnen unter den Nägeln“ – neben einer allgemeinen zentralen Veranstaltung zum Haushalt werden vier dezentrale Veranstaltungen pro Jahr in den Stadtbezirken durchgeführt werden, dort sollen insbesondere einzelne praxisnahe Themen herausgegriffen und diskutiert werden;
- Die Gesamtzusammenhänge des Haushalts werden „von oben“, d.h. der Verwaltung und Politik dargestellt – Broschüren mit dem Haushaltsentwurf sollen an alle Haushalte verteilt werden;
- Es wird bewusst Öffentlichkeitsarbeit betrieben: über Werbeflächen in U-Bahnen und Bussen sowie die kostenlose Stadtzeitung soll für den Bürgerhaushalt geworben und über ihn informiert werden (ab 2005). Das Internet wird genutzt, um den Haushaltsentwurf zu präsentieren sowie Anregungen und Vorschläge zu sammeln.
- Man versucht in Bonn an bestehende Beteiligungsprozesse (Lokale Agenda 21) und -verfahren anzuknüpfen.

In der an die Präsentation von Prof. Dr. Sander und Herrn Kömpel anschließenden Diskussion wurde erneut der Aspekt aufgegriffen, in wieweit das „Vorsortieren“ von Vorschlägen der BürgerInnen und deren Aufarbeitung durch die Verwaltung nicht die Gefahr berge, dass dadurch eine „Superbehörde“ entstehe und die Verwaltung der Politik zu viele Vorgaben mache. Die Repräsentanten der Kämmerei Bonn entgegneten auf diese Frage, dass gerade die Verwaltung eine wichtige Rolle bei der Strukturierung des Bürgerhaushalts-Prozesses übernehmen müsse, weil sich dort das Wissen über Kosten und deren Zusammenhänge befinde.

Ein Teilnehmer aus dem Plenum griff die Frage auf, ob in Bonn geplant sei das Internet für den Bürgerhaushalt auch gezielt interaktiv zu nutzen. Die Vertreter Bonns stellten ihrer Antwort den Hinweis voran, dass es, wenn man ein so „schnelles“ Medium wie Internet nutze auch wichtig sei, zügig auf eMails mit Vorschlägen und Anregungen zu reagieren; Bonn versuche das zu leis-

ten. „chats“ als elektronische Form der interaktiven Diskussion bedürfen aber einer qualifizierten Moderation. Das sei im Moment nicht zu leisten und so habe man die Idee von interaktiven Diskussionsforen im Internet verworfen. Bestimmte Informationen werde man ins Internet stellen, evtl. wolle man in Bonn auch mit Formularen arbeiten, um so Anfragen und Vorschläge via Internet besser strukturieren, auswerten und an die Politik weitergeben zu können.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.bonn.de
-

Beitrag von Carsten Herzberg, Centre Marc Bloch, Berlin

Carsten Herzberg ist Mitarbeiter am Centre Marc Bloch, einem deutsch-französischen interdisziplinären Forschungszentrum für Sozialwissenschaften. Das Zentrum führt derzeit u.a. ein Forschungsprojekt zur Untersuchung von zwölf europäischen Städten durch, die einen Bürgerhaushalt haben. Carsten Herzberg konzentrierte sich in seiner Präsentation auf die Darstellung der Entwicklungen in Berlin: Im Auftrag der Bundeszentrale für politische (bpb) hat er die Konzeption und Organisation des im Folgenden beschriebenen Workshops übernommen. Sein Beitrag folgt ungekürzt.



Carsten Herzberg

Erfahrungsbericht aus Berlin – „Ist ein Bürgerhaushalt in Großstädten möglich?“¹

Berlin hat noch keinen Bürgerhaushalt, aber es gibt eine Bewegung dorthin. Seit den letzten zwei Jahren wurde von unterschiedlichen Akteuren an unterschiedlicher Stelle an einem Bürgerhaushalt gearbeitet. Der derzeitige Trend geht dahin, dass man zunächst auf der Ebene der Bezirke Erfahrungen sammeln möchte, bevor man sich auf die Landesebene wagt.

In meinem Vortrag werde ich mich auf diejenigen Aktivitäten konzentrieren, die unter dem Transferaspekt interessant sein könnten. Seit eineinhalb Jahren gibt es einen Dialogprozess zwischen allen politischen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung), der von der Bundeszentrale für politische Bildung moderiert wird – was eine gewisse Bedeutung hat, denn nie zuvor hat die bpb gemeinsam mit allen politischen Stiftungen an einem solchen Projekt gearbeitet. Im Rahmen dieses Kreises werden Gespräche mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung geführt, Veranstaltungen und Seminare organisiert und begonnen, an einem Beteiligungskonzept für eine Großstadt zu arbeiten. Diese Schritte wären nicht möglich gewesen, wenn die Idee Bürgerhaushalt nicht auch auf Interesse bei einigen Bezirken und dem Berliner Senat gestoßen wäre. Es ist bekannt, dass der Bezirk Berlin-Mitte seinen Haushalt bereits im letzten Jahr allgemein verständlich aufbereitet und im Internet dargestellt hat. In gut fünf bis sieben weiteren Bezirken gibt es eine Diskussion über die Einführung eines Bürgerhaushaltes. Am weitesten ist dieser Prozess in den Bezirken Hellersdorf-Marzahn und Lichtenberg vorangeschritten. Das Vorhaben der beiden Bezirke wird vom Berliner Senat unterstützt, in dem es als Pilotprojekt in die Reformagenda des Landes, ein Maßnahmenpaket zur Modernisierung der Verwaltung und Konsolidierung der Finanzen, aufgenommen wurde.

Ein Modell für große Kommunen?

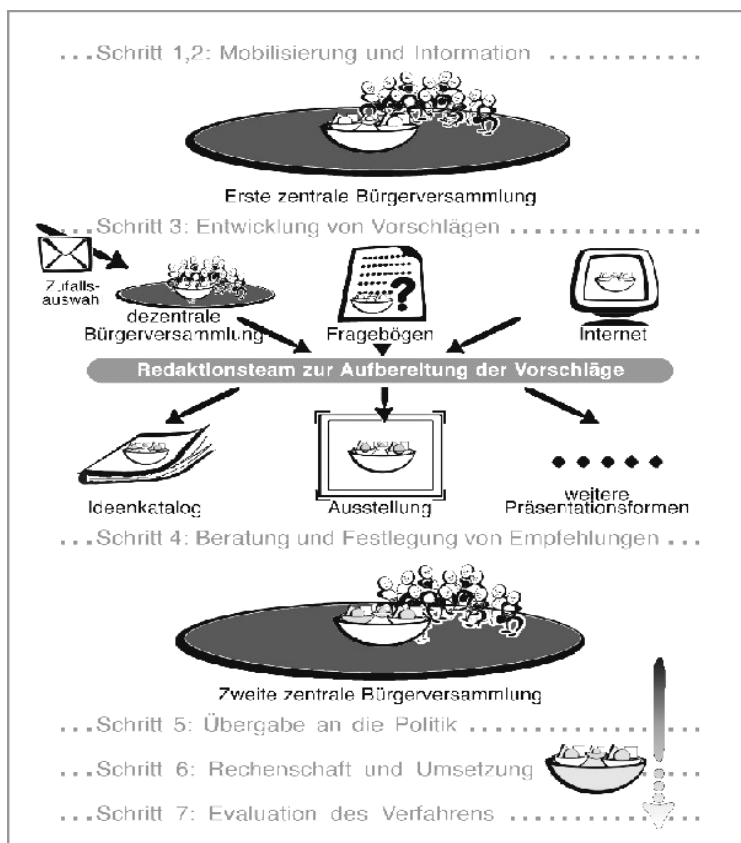
Obwohl einige die Meinung vertreten, dass ein Bürgerhaushalt nur in kleineren und mittleren Städten gut funktionieren kann, ist es in letzter Zeit vermehrt zu Anfragen gekommen, wie ein Bürgerhaushaltsverfahren in großen Städten aussehen könnte. Um auf die gewachsene Nach-

¹ Der Beitrag wurde mit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb abgestimmt.

frage zu reagieren, haben sich die bpb und die politischen Stiftungen entschlossen, Materialien zu erarbeiten, die die Einführung eines Bürgerhaushaltes in Großkommunen bzw. Berliner Bezirken von mehr als 200.000 Einwohnern erleichtern sollen. Man verständigt sich darauf:

- a) eine für jeden/jede verständliche (lesbare) Fassung eines Haushaltsplans und**
b) ein konkret umsetzbares Beteiligungsmodell zu erarbeiten.

Im Frühjahr 2004 haben Teams mit Vorbereitungen für die Erstellung der Materialien begonnen. Auf einem Workshop vom 2.-4. September im Abgeordnetenhaus zu Berlin wurden mit über 60 TeilnehmerInnen eine Broschüre „Lesbarer Haushalt“ und ein Beteiligungsmodell erarbeitet. Das Bezirksamt Lichtenberg stellte hierzu seinen Haushaltsplan und das Fachwissen seiner VerwaltungsmitarbeiterInnen zur Verfügung. Der Workshop kann als ein bisher einmaliges Experiment in der Bundesrepublik angesehen werden: Zum ersten Mal sollte ein Verfahren für einen Bürgerhaushalt **partizipativ unter Mitwirkung von Vertretern aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam erarbeitet** werden; es sollten **Aspekte des Gender-Mainstreaming** bzw. des Gender-Budgeting einbezogen werden, insbesondere was die Darstellung des „lesbaren Haushaltes“ angeht; eine **Verbindung zur Verwaltungsmodernisierung** sollte geschaffen werden, indem das zu entwerfende Beteiligungsverfahren eine partizipative Evaluation von „Produkten“ der öffentlichen Verwaltung zum Gegenstand hat; des Weiteren sollte das Verfahren **einige neue Bestandteile** beinhalten, die in Deutschland bisher noch nicht eingebracht wurden, darunter die Erarbeitung eines „Regelwerkes“, das die Funktionsweise des Bürgerhaushaltes für alle beteiligten Akteure erklärt und offen legt.



Das entstandene Modell kann als „**Produktorientierter Bürgerhaushalt**“ bezeichnet werden. Es geht um eine bestimmte Anzahl von der Kommune/Bezirk veränderbare Produkte (im Fall von Lichtenberg sind es 40), d.h. Leistungen wie allgemeine Kinder- und Jugendförderung, Jugendsozialarbeit, Bereitstellung von Sportanlagen, Musikunterricht etc. Bei der Partizipation treten Bürgerinnen und Bürger in die Rolle des Beraters, sie sollen helfen, die öffentlichen Leistungen zu optimieren und bürgerorientiert zu gestalten. Zusätzlich ist eine Beratung über die Investitionsmaßnahmen auf Stadtteil- und Bezirksebene angedacht. Das Profil des Modells lässt

sich durch folgende Merkmale beschreiben:

- **Gegenstand:** 40 steuerbare Produkte und Investitionsmaßnahmen;
- **Zyklus:** Ausweitung des klassischen Dreischritts „Information–Konsultation–Rechenschaft“ zu einer sieben Module umfassenden Handlungsanleitung;
- **Gemischte Mobilisierungsformen:** Zufallsauswahl zur Unterstützung einer heterogenen Beteiligung sowie eine offene Mobilisierung durch publikumswirksame Aktionen

(Zeitung, Ausstellungen etc.) und ein interaktives Internetangebot mit niedrigrschwelliger Konzeption;

- **Entwicklung von Vorschlägen:** Parallelität von Internet, Fragebogenversendung und Bürgerversammlungen;
- **Kombination von Zentralität und Dezentralität:** Es gibt Versammlungen auf der Ebene des Bezirks sowie bürgernah in den Stadtteilen;
- **Gemeinsame Auswertung des Verfahrens:** BürgerInnen sollen auch über die Form des Verfahrens mitentscheiden können und schrittweise die Organisation mit übernehmen, was auch zu einer Entlastung der Verwaltung beitragen soll.

Wo sind wir an Grenzen gestoßen?

Mit Sicherheit haben wir noch kein perfektes Modell entworfen. Es ist vielmehr als eine Orientierung zu verstehen. Für seine Umsetzung bedarf es noch einiger Abstimmungen. Von einigen unserer Kontroversen möchte ich hier jedoch berichten, weil ich denke, dass es sich um Fragen handelt, mit denen sich auch andere am Bürgerhaushalt arbeitende Kommunen konfrontiert sehen.

1. Bedarf es zur Legitimation der Empfehlungen einer repräsentativen Teilnehmerschaft?

Hier gab es unterschiedliche Auffassungen. Die Vorstellungen über eine Teilnehmerzahl schwankten zwischen einigen hundert bis hin zu 30 % aller wahlberechtigten BürgerInnen. Zudem sollten die TeilnehmerInnen nach Berufsgruppen und sozialen Schichten die Bewohnerschaft des Bezirkes widerspiegeln. Man hat versucht, dem nachzukommen, indem man bei der Mobilisierung der Teilnehmer die Zufallsauswahl hinzugenommen hat. Um aber eine wirklich hohe Zahl von TeilnehmernInnen zu erreichen, so ist uns klar geworden, bedarf es vor dem eigentlichen Beteiligungsverfahren einer systematisch gestalteten Vorbereitungsphase, in der BürgerInnen und zivil gesellschaftliche Gruppen als Multiplikatoren des Vorhabens zu gewinnen sind. Zum Gelingen des Bürgerhaushaltes gehört auch, dass eine Vorbereitung der MitarbeiterInnen der Verwaltung erfolgt. Des Weiteren ist ein (möglichst einstimmiger) Rats-/ BVV-Beschluss erforderlich.

2. Wie soll mit etablierten Lobbygruppen umgegangen werden?

Weiterhin gab es die Befürchtung, dass einige Lobbygruppen kraft ihres Mobilisierungspotenzials das Beteiligungsverfahren dominieren könnten. Das heißt, dass die ausgesprochenen Empfehlungen sich vor allem an ihren Interessen orientieren und andere Stimmen nicht gehört werden. Aus diesem Grunde setzt das erarbeitete Verfahren zunächst auf eine individuelle Beteiligung. Das heißt, die Ansprache richtet sich an den einzelnen Bürger/ die einzelne Bürgerin, sei es per Brief oder in Aufrufen zur Teilnahme in den Medien. Gleichzeitig wurde aber die Kompetenz von Initiativen, Vereinen und Betroffenenengruppen anerkannt und gesehen, dass sie ein wichtiger Motor für das Verfahren sein können, sei es als Ideengeber, durch Fachwissen oder durch Unterstützung bei der Organisation. Eine Lösung, wie sie eingebunden werden können, wird zur Zeit erörtert.

3. Wie kann eine Auswahl der Empfehlungen getroffen werden?

Die Zahl der Empfehlungen kann mitunter sehr hoch sein, eine Auswahl wird nötig, sollen Politik und Verwaltung nicht über Monate mit der Bearbeitung der Fälle beansprucht werden. Es wurde nach einer Methode für die Auswahl der Empfehlungen gesucht. Der Wunsch nach konsensualen Lösungen war groß, doch gleichzeitig stand die Frage im Raum, wie man sich mit vielen Leuten auf einer Versammlung einigen soll. Es wurde sich vorläufig auf ein Votingverfahren (Abstimmung) verständigt, welches zur Folge haben soll, dass der Rat zu einer Rechenschaft über den Umgang mit den ausgewählten Vorschlägen verpflichtet wird. Um aber keinen Vor-

schlag grundsätzlich auszuschließen, steht es dem Rat frei, weitere für gut befundene Vorschläge aus der Gesamtliste der Empfehlungen aufzunehmen.

Ausblick

Es ist klar, dass die hier gestellten Fragen noch nicht abschließend geklärt sind. Ich hoffe jedoch, einige Anregungen für die weitere Diskussion gegeben zu haben. Was Berlin angeht, so hat das Bezirksamt Lichtenberg erklärt, dass auf der Grundlage der Ergebnisse des Workshops im Herbst 2004 ein „Lesbarer Haushalt“ als Zeitungsbeilage erscheinen soll. Für den Herbst 2005 ist der Beginn eines Beteiligungsverfahrens geplant. Weitere Bezirke haben Interesse angemeldet. Es lässt sich nicht verschweigen, dass sich gegenüber den Pilotprojekten ein hoher Erwartungsdruck aufgebaut hat. Ich hoffe, dass ich Ihnen beim nächsten Treffen des Netzwerkes von einem positiven Fortgang des Experiments berichten kann.

Ein Dokument über den Workshop „Bezirksbürgerhaushalt Berlin: Lesbar, verständlich, für und mit den Bürgerinnen und Bürgern“ ist zu beziehen bei:

Bundeszentrale für politische Bildung

Heino Gröf/Birgit Wolfram

Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Tel.: +49 (0)1888 515-512

Fax: +49 (0)1888 515-293

groef@bpb.de / wolfram@bpb.de

In der auf den Vortrag folgenden Diskussion wurde zunächst aus dem Plenum nachgefragt, wie die Priorisierung von Vorschlägen seitens der BürgerInnen funktionieren könne. Der Referent erklärte dazu, dass es die Idee gebe Vorschläge zunächst an einer Stelle zu sammeln und von einem Redaktionsteam der Verwaltung sowie Externen aufzubereiten – evtl. in der Form eines Kataloges, einer Broschüre, einer Ausstellung oder via Internet – mit dem Ziel, Vorschläge transparent und bekannt zu machen. Die Vorschläge könnten dann im Rahmen einer zentralen Veranstaltung vorgestellt werden, um ggfs. durch ein von einer externen Person moderiertes Voting-Verfahren, das es noch auszuarbeiten gilt (s.o.) eine Sortierung vorzunehmen.

Eine weitere Frage aus dem Plenum bezog sich darauf, dass das vorgestellte Beteiligungsmodell als offenes Modulsystem beschrieben werden könne, dass sich offensichtlich auch anpassen lasse. Die Frage sei allerdings, wie sich dieses System staffeln ließe, mit anderen Worten: womit man am besten beginne. Herr Herzberg führte in seiner Antwort aus, dass der erste Schritt immer darin bestehen sollte Transparenz zu erzeugen, d.h. den Haushalt verständlich darzustellen. Viele blieben allerdings an diesem Punkt stehen, insbesondere auch weil sie sagten, die Resonanz der BürgerInnen halte sich in Grenzen. Als Antwort darauf gebe es keine Rezepte, allerdings scheine es erfolgversprechend an bereits bestehende Prozesse oder Dinge anzuknüpfen. Zudem dürfe man die Bedeutung der Vorbereitung der Verwaltung für den Bürgerhaushalt nicht unterschätzen, um so auch zu einem Klima der Wertschätzung und nicht des Rechtfertigungszwangs beizutragen.

Am Ende der Diskussionsrunde zum Beitrag von Herrn Herzberg fasste Ulrich Nitschke einige Schlüsselfaktoren der „Berliner Prozesse“ zusammen:

- 5-7 Berliner Bezirke befassen sich mit den Themen Bürgerbeteiligung und Haushalt und versuchen einen Bürgerhaushalt zu realisieren; interessant daran ist, dass dies ein „dezentraler Weg“ einer Großstadt hin zum Bürgerhaushalt sein kann;

- Interessant an den Berliner Prozessen ist die Beteiligung und Zusammenarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung und der politischen Stiftungen. Dies ermöglicht eine bessere politische Verankerung des Prozesses;
- Der Rat bekommt die Ergebnisse des Votings der BürgerInnen für die verschiedenen Vorschläge als Empfehlung; andere für gut befundene Vorschläge können vom Rat hinzugenommen werden;
- Der Haushalt wird sehr konkret produktorientiert aufgestellt – und priorisiert. Dazu wurde ein sieben Module umfassender Zyklus als konkrete Handlungsanleitung entwickelt;
- Der Bezirk Lichtenberg kann zu einem Beispiel für ein Beteiligungsmodell für über 200 Tsd. Einwohner werden; der dortige Rat/ BVV hat einstimmig die Einführung eines Bürgerhaushaltes beschlossen;
- Die Repräsentativität der Empfehlungen seitens der BürgerInnen bleibt eine Herausforderung; ein Dilemma besteht insbesondere darin, dass einerseits Lobbyisten und Vereine mit in den Beteiligungsprozess eingebunden werden sollen, gleichzeitig sollten diese nicht die Vorschläge zum Haushalt dominieren;
- Bürgerschaft und Verwaltung lassen sich im Verlauf des Verfahrens zunehmend begeistern, das Verfahren sollte flexibel sein um es ggfs. schrittweise den Bedürfnissen und Interessen neu anzupassen.

Weitere Informationen siehe auch:

Zum Thema Gender Mainstreaming:

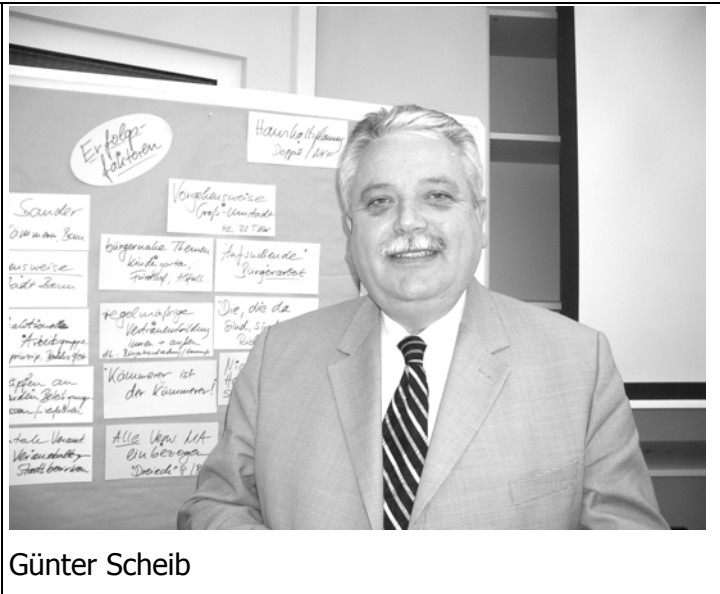
- http://www.berlin.de/SenWiArbFrau/frauen/gender_gs/literatur.htm
- <http://www.gender-mainstreaming.net/gm/Service/literatur-und-links,did=16958.html>
- http://www.berlin.de/sengsv/gend_main/index.html

Zum Forschungsprojekt des Centre Marc Bloch zu Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt in Europa:

- www.buergerhaushalt-europa.de
-

Beitrag von Günter Scheib, Bürgermeister der Stadt Hilden

Der nächste Referent, Herr Günter Scheib, ist Bürgermeister der Stadt Hilden, die als sogenannte „Modellkommune“ Teilnehmer des Projektes „Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen“ war, initiiert und durchgeführt von der Bertelsmann Stiftung und dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen, das in diesem Jahr ausgelaufen ist. Ziel dieses Projektes war es, Wege zu erproben, BürgerInnen den kommunalen Haushalt näher zu bringen und sie zu einer Beteiligung zu veranlassen. Hilden war für drei Jahre an diesem Projekt beteiligt und plant, den Bürgerhaushalt auch über die Laufzeit des Projektes hinaus fortzusetzen.



Günter Scheib

Nach einer kurzen Einführung in die Lage und Verfassung Hildens (56.800 Einwohner) zeigte Herr Scheib die Gründe für die Beteiligung der Stadt an dem Projekt „kommunaler Bürgerhaushalt“ auf. Er unterstrich dabei, dass die Einstiegsthematik für Hilden im Vergleich zu anderen Städten eine ganz andere gewesen sei, denn Hilden gehe es gut, der Haushalt sei ausgeglichen. Mit dem Projekt habe man vielmehr an bereits bestehende Erfahrungen anknüpfen und diese systematisch ausweiten wollen. In Hilden habe man beispielsweise auch schon vorher Haushaltsgespräche mit Interessen-

gruppen und Vereinen geführt. BürgerInnen seien traditionell insbesondere an sehr konkreten Themen wie z.B. der Gestaltung von Kinderspielplätzen oder auch Verkehrsberuhigungsmaßnahmen beteiligt worden.

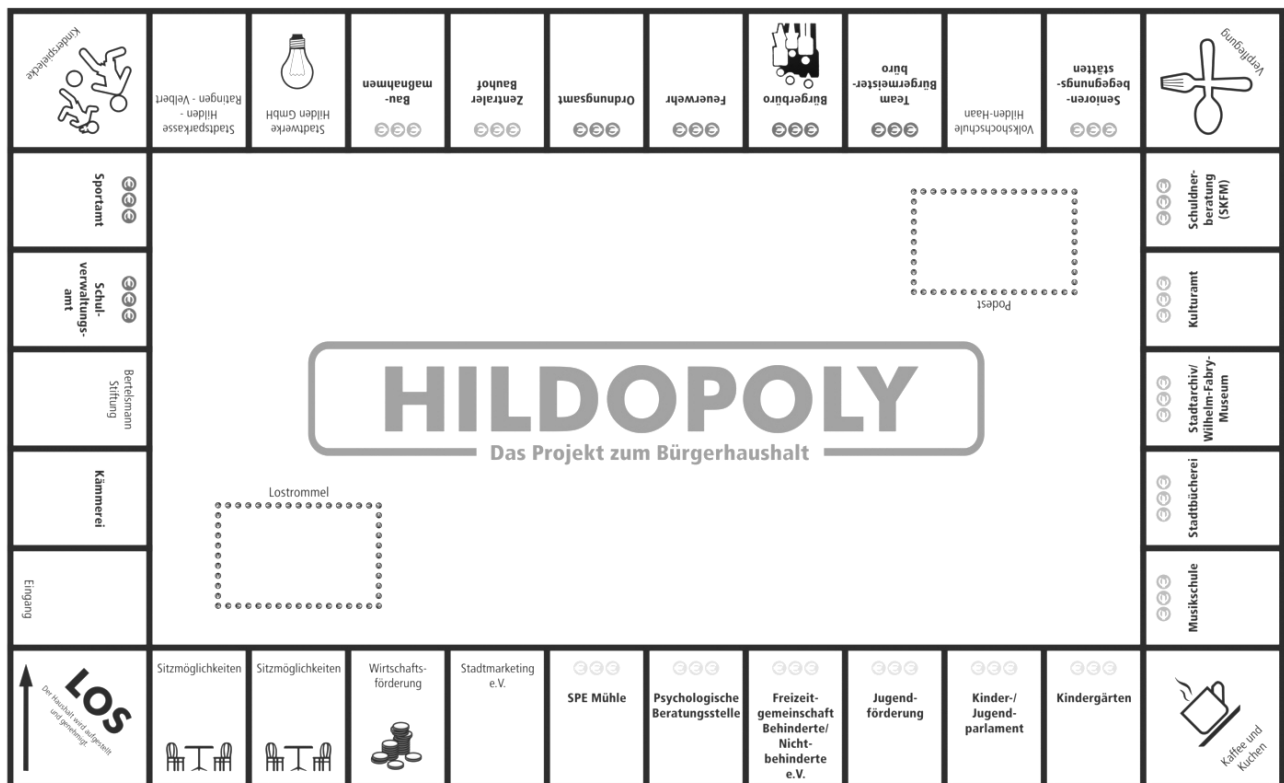
Im Rahmen des Projektes „kommunaler Bürgerhaushalt“ ließ sich die Stadt Hilden einige Projekte einfallen, die den Zielen dienen einerseits die BürgerInnen mit einem ausgiebigen Informationsangebot über die Vorgänge in der Stadt zu versehen und ihnen die Gelegenheit zu geben, selbst nachzufragen; und sie andererseits stärker in die Entscheidungsfindung für den Haushalt einzubinden. Zu den Projekten zählten:

- **Zeitschriften und Broschüren:** 2002 wurden 31.000 Broschüren mit dem Haushaltsentwurf gedruckt und an alle Haushalte verteilt. Auf die Broschüre reagierten 107 Personen mit insgesamt 214 Anregungen. Kultur, Stadtplanung und der Baubereich waren dabei von besonderem Interesse für die BürgerInnen. Die Idee des Bürgerhaushaltes wurde 2002 durchschnittlich mit „gut“ bewertet.

2003 wurden insgesamt 5.000 Broschüren zum kommunalen Bürgerhaushalt gedruckt und verteilt; zusätzlich wurde Werbematerial produziert wie z.B. 150 Plakate und 1.000 Flyer. Es wurden Radiowerbespots ausgestrahlt, 20.000 Werbebeerdeckel produziert und verteilt, sowie 5.000 Kugelschreiber und 10.000 Streichholzbriefchen. 2003 fanden 135 Fragebögen ihren Weg zurück ins Hildener Rathaus, eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr. Die Einstellung der BürgerInnen gegenüber dem Bürgerhaushalt war dementsprechend im Vergleich zum Vorjahr 2003 noch positiver.

- **Internet:** Das Informationsangebot der Stadt zum Bürgerhaushalt im Internet wurde insgesamt über 30.560 mal aufgerufen und findet großen Zuspruch, insbesondere auch nach Sonderaktionen der Stadt. Ein aussagekräftiger Indikator für die Nutzung dieses Mediums im Rahmen des Bürgerhaushalts durch die BürgerInnen ist auch die Tatsache, dass insgesamt 469,27 Megabyte zum Thema heruntergeladen wurden.

- **Vereinsgespräche:** 2002 wurden insgesamt zehn Vereine und Verbände von VerwaltungsmitarbeiterInnen, meist auch von den zuständigen Fachdezernenten besucht; an den Informationsgesprächen nahmen 206 Personen teil.
- **Marktstand:** 2002 wurde auf dem Wochenmarkt in Hilden ein Informationsstand aufgebaut. 500 Personen kamen an den Marktstand der Stadt Hilden.
- **„Hildopoly“:** Das Hildopoly wurde 2003 in einer Hildener Stadthalle veranstaltet. Vergleichbar mit der Aufteilung auf einem „Monopoly“-Brett wurde auf den Hallenboden ein Spielfeld aufgebaut.



Die BürgerInnen hatten die Möglichkeit, auf jedem einzelnen Feld mit unterschiedlichen Akteuren (z.B. Bürgerbüro, Stadtwerke, Feuerwehr, Stadtbücherei, Sportamt, Kämmererei, etc.) in Dialog zu treten und sich über die unterschiedlichsten Aktivitäten (und die damit verbundenen Kosten) in der Stadt zu informieren. Insgesamt präsentierten sich 132 MitarbeiterInnen aus 27 Ämtern, städtischen Gesellschaften, etc. Hauptziel der Veranstaltung war es, den BürgerInnen die Finanzen der Stadt zu präsentieren. 550 Besucher kamen zum Hildopoly. Dieser Informationstag wurde durch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet.

Interessant sei auch die Innenwirkung des Hildopoly auf die Verwaltungsmitarbeiter gewesen, so Herr Scheib. Viele hätten sich auf diese Weise persönlich kennen gelernt die sonst nur telefonisch miteinander in Kontakt gestanden hätten. Das Hildopoly sei deshalb auch von den MitarbeiterInnen als gelungene Veranstaltung angesehen worden.

- **Haushaltstour:** 2003 wurde in Hilden eine „Haushaltstour“ durchgeführt. Interessierte BürgerInnen konnten sich gemeinsam mit Dezernenten vor Ort konkrete Objekte ansehen und Fragen stellen, was zu sehr intensiven Diskussionen führte. Auf diese Weise wurden bewusst auch Lobbyisten eingebunden.
- **Informationsabend/ Diskussionsforum:** Ende 2003 veranstaltete die Stadt Hilden einen zusätzlichen Informationsabend zum Kommunalen Bürgerhaushalt 2004, den insgesamt 220 BürgerInnen besuchten. Über drei Stunden konnten sich die BürgerInnen

über den kommunalen Bürgerhaushalt in Hilden sowie in anderen Städten informieren; es fanden vier Foren zu unterschiedlichen Themen statt. 130 Fragebögen mit Anregungen und Fragen wurden von den BürgerInnen eingereicht; Ergebnis des Abends waren insgesamt 14 konkrete Anträge für den Haushalt 2004.

Herr Scheib bezifferte die konkreten Kosten des Bürgerhaushalts auf insgesamt 27.499,15 € (2002-2004), wovon 12.411 € durch Zuschüsse abgedeckt wurden, sodass der Hildener Haushalt selbst mit insgesamt 15.088,15 € für die drei Jahre Bürgerhaushalt belastet wurde.

Als wichtig für die Umsetzung des Bürgerhaushalts hob Bürgermeister Scheib hervor, dass der Bürgerhaushalt im Stadtrat fast einstimmig angenommen worden sei – nur eine von sechs Fraktionen habe dagegen gestimmt. Die praktische Arbeit habe dann aber die Verwaltung gemacht. Dabei habe man sehr viel Wert darauf gelegt, sich immer wieder „unters Volk zu mischen“ und aktiv auf die BürgerInnen zuzugehen.

Vorschläge der BürgerInnen für den Haushalt werden, so Herr Scheib, in Hilden wie Vorschläge der Fraktionen behandelt. Mittlerweile sei man auch dazu übergegangen, eine Rückmeldung darüber zu geben, ob und warum ein Vorschlag angenommen wurde – oder auch nicht. Dies habe man im ersten Jahr noch nicht getan, was immer wieder zu Kritik seitens der BürgerInnen geführt habe. Man habe deshalb verstanden, dass es den BürgerInnen nicht so sehr darum gehe alle Vorschläge durchzusetzen, sondern sehr viel mehr darum, ernst genommen zu werden und eine Erklärung zu bekommen, was mit den Vorschlägen geschehe – und warum.

Herr Scheib bezeichnete den Bürgerhaushalt in seinem Fazit als „Prophylaxe gegen Politikverdrossenheit“. Auch wenn es nicht so viele Anträge und Vorschläge gebe so sei die Beteiligung enorm wichtig. Der Bürgerhaushalt lohne sich in diesem Sinne auch deshalb, weil er zu einer „klimatischen Verbesserung“ führe – unter den BürgerInnen aber auch zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik. Wichtig sei es auch beispielsweise die VerwaltungsmitarbeiterInnen zu loben und für ihre Mitarbeit zu motivieren.

Der Bürgerhaushalt mache viel Arbeit, so Herr Scheib, diese Arbeit lohne sich aber: Der Bürgerhaushalt erzeuge mehr Transparenz, die BürgerInnen könnten sich einbringen und die Politik müsse sich mit den Wünschen der BürgerInnen bewusst auseinander setzen. Ein wertvoller Nutzen für die Verwaltung bestehe darin, Hinweise auf Missstände aus der Bevölkerung zu erhalten.

Eine interessante Einsicht sei auch die Tatsache, dass die Bereitschaft der BürgerInnen zu sparen größer sei als die Politik angenommen habe.

In der folgenden Diskussion wurde der Referent gefragt, wie bekannt der Bürgerhaushalt in Hilden sei, und ob er Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen habe. Herr Scheib antwortet darauf, dass der Bekanntheitsgrad des Bürgerhaushalts nie gemessen worden sei, man könne aber davon ausgehen, dass er insbesondere bei politisch Interessierten bekannt sei, dass die Beteiligung am kommunalen Bürgerhaushalt aber über die übliche Parteibeteiligung hinausginge. Was die Wahlbeteiligung anbelange so sei diese bei den diesjährigen Kommunalwahlen niedriger ausgefallen.

Die TeilnehmerInnen am Netzwerktreffen zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt und dem Umfang der Projekte, die Hilden in den letzten Jahren durchgeführt hat. Der Bürgermeister wurde dazu befragt, ob Hilden plant auch in Zukunft Aktivitäten in diesem Umfang durchzuführen. Herr Scheib unterstrich in seiner Antwort, dass Hilden zwar auch weiterhin ähnliche Maßnahmen durchführen wolle, dass die Stadt allerdings nicht jedes Jahr ein „Hildopoly“ durchführen könne. Das sei viel zu aufwändig, außerdem fehle dann der Neuheitswert und es bestehe die Gefahr, dass eine solche Maßnahme sich schnell tot laufe.

Ein letzter Fragekomplex zielte darauf, ob es immer sinnvoll und notwendig ist, sich – wie es Hilden gemacht hat – der Unterstützung externer Fachkräfte für die Umsetzung eines Bürgerhaushalts zu versichern. Das hänge sehr stark von der politischen Situation in der Kommune ab, so Herr Scheib („der Prophet zählt im eigenen Land nichts...“) – und es hänge von der Kommune selbst ab, dazu ließen sich keine allgemeinen Empfehlungen machen. Man könne jedoch zunächst versuchen, sich an das Thema in interfraktionellen Runden heranzutasten. Sinnvoll sei auch, sich mit anderen Kommunen zum Thema Bürgerhaushalt auszutauschen und sich ggfs. mit ihnen zusammen zu tun.

Abschließend unterstrich Herr Scheib noch einmal, dass es in Hilden, anders als in anderen Kommunen, im Rahmen des Bürgerhaushalts nicht vornehmlich um Einsparungen gegangen sei. Er sei der Meinung, dass die Notwendigkeit von Einsparungen für den Transport der Beteiligungs-idee vielleicht sogar hilfreich sein könne. In der folgenden Diskussion wurde der Sparhaushalt als Ansatzpunkt für Bürgerbeteiligung allerdings unterschiedlich kritisch gesehen, denn der Sparzwang könne auch zur Instrumentalisierung des Bürgerhaushalts führen („jetzt wo es kein Geld mehr gibt macht mal selber“), so einige Netzwerkmitglieder. Das Umschichten von Geldern, weil die Vorschläge und Beiträge der BürgerInnen „es Wert sind“ habe eine sehr starke Signalwirkung und schaffe eine ganz andere Kultur.

In seiner abschließenden Zusammenfassung griff Ulrich Nitschke noch einmal einige wichtige Kernpunkte und Erfolgsfaktoren des Vorgehens der Stadt Hilden heraus:

- Es wurden und werden systematisch Anknüpfungspunkte für den Bürgerhaushalt gesucht, d.h. Themen und Handlungsfelder, die für die BürgerInnen zugänglich und konkret erfahrbar sind, wie z.B. die Bereiche Kultur, Stadtplanung und der Baubereich;
- Der Bürgerhaushalt wird „zum Anfassen“ gestaltet: auf dem Marktplatz, auf dem Bierdeckel, in der Turnhalle (Hildopoly – „zwischen Volksfest und Öffentlichkeitsarbeit“), auf der Haushaltstour (mit Lobbyisten – aber organisiert) – „sich unters Volk mischen“ spielt eine ausgesprochen wichtige Rolle dabei die BürgerInnen dazu zu motivieren, sich zu beteiligen;
- Auch die VerwaltungsmitarbeiterInnen müssen gelobt und motiviert werden („incentives“);
- In Hilden wird verbindlich mit den Anregungen der BürgerInnen umgegangen; sie werden wie Vorschläge aus politischen Fraktionen behandelt und es gibt eine Rückmeldung darüber was mit einem Vorschlag geschehen ist, und warum (*wichtig!*);
- Der Bürgerhaushalt als „Präventionsmittel gegen Politikverdrossenheit“.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.hilden.de
 - www.buergerhaushalt.de
-

Erwartungen an das Bürgerhaushaltsnetzwerk für die Zukunft

Die letzte Diskussionsrunde im Rahmen des Netzwerktreffens widmete sich dem Netzwerk selbst und den damit verbundenen Erwartungen und Ideen der Beteiligten. Herr Dellbrügge von der Servicestelle erläuterte dazu eingangs, dass es seitens InWEnt die Idee gebe die unterschiedlichen Akteure und Interessenten stärker und über das jährliche Treffen hinaus zu vernetzen, beispielsweise durch weiterführende und regelmäßige Informationsangebote etwa in Form einer Rubrik im Rahmen des monatlich erscheinenden Newsletters der Servicestelle „Eine Welt Nachrichten“, oder aber durch die Nutzung des Global Campus (www.gc21.org) im Internet als Plattform für einen stärkeren Informationsaustausch. Diese Medien böten auch die Möglichkeit, internationale Erfahrungsberichte zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt zu integrieren.

Als weitere Diskussionsgrundlage wurde eine Erwartungsabfrage mit den TeilnehmerInnen am Netzwerktreffen zu drei Aspekten durchgeführt:

- Erwartungen an das Netzwerk
- Welche Themen sollen im Rahmen des Netzwerks behandelt werden?
- Erwartungen an die Servicestelle (über das Netzwerk hinaus)

Erwartungen an das Netzwerk

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass sie an regelmäßigen Treffen festhalten wollten (wenn auch ggfs. an „zentraleren Orten“ Deutschlands). In der später folgenden Diskussion wurde dazu erörtert, ob ein jährliches Netzwerktreffen ausreiche oder ob die Treffen halbjährlich stattfinden sollen. Angesichts der Tatsache, dass es mancherorts auch regionale Netzwerke gibt plädierten die meisten TeilnehmerInnen dafür, das Netzwerktreffen eher dafür zu nutzen den Austausch zwischen den regionalen Netzwerken zu befördern, und es zu diesem Zweck weiterhin einmal pro Jahr zu veranstalten. Dann allerdings gerne auch unterstützt durch regelmäßige Informationsangebote seitens der Servicestelle zwischen den Treffen, z.B. via Internet. Kritisch angemerkt wurde in diesem Zusammenhang auch, dass es wichtig sei, dass es am Ende nicht verschiedene nationale Netzwerke und Plattformen gebe, sondern eben „die eine“ stabile Plattform (vgl. Ökoprotit®), und man auf diese Weise Doppelungen und Verwirrungen vermeide. Dabei stelle sich die Frage, ob dies eine realistische Vorstellung sei, und ob eine solche zentrale nationale Plattform auch bedient werden könne, so Stimmen aus dem Plenum.

Ein weiterer Vorschlag seitens der TeilnehmerInnen bestand darin, aktive Werbung bei noch nicht „infizierten“ Städten Deutschlands für den Bürger- und Beteiligungshaushalt zu machen und dazu u.a. auch das Netzwerk zu nutzen. Gleichzeitig sei der Austausch mit anderen Ländern, so z.B. den EU Beitrittsländern wie Tschechien und Slowenien, von Interesse und es sei zu überlegen, ob das Netzwerk nicht auch auf andere Länder ausgedehnt werden könne – so ein weiterer Vorschlag aus dem Teilnehmerkreis.

Ein Teilnehmer gab zu bedenken, ob es nicht Sinn mache, stärker mit homogeneren Teilnehmerkreisen zu arbeiten. Viele Gemeinden und Städte unterschieden sich nicht nur durch ihre Verwaltung: Große und kleine Kommunen seien oftmals mit verschiedenen Ausgangs- und Problemlagen konfrontiert. Homogenere Teilnehmerkreise könnten dabei helfen, die vorgestellten Themen und Diskussionen stärker an den jeweiligen Interessen und Bedarfen zu orientieren.

Es wurde auch dafür plädiert im Rahmen der Netzwerktreffen mehr Zeit für den Austausch zwischen den TeilnehmerInnen einzuplanen, dabei solle jedoch weiterhin die kommunale Praxis im

Mittelpunkt stehen, um konkrete Neuigkeiten und Fragestellungen zu diskutieren oder auch gemeinsam konkrete Konzepte und Anregungen für die eigene Praxis zu entwickeln.

Seitens der Servicestelle wurde der Wunsch geäußert, stärker und regelmäßiger von den Netzwerkmitgliedern mit relevanten Informationen versorgt zu werden, um diese dann bündeln und auswerten zu können. Ein aktives Engagement der Netzwerkmitglieder sei hilfreich und notwendig, um das Netzwerk zu einem lebendigen Instrument zu machen.

Welche Themen sollen im Rahmen des Netzwerks behandelt werden?

Von den TeilnehmerInnen wurde eine ganze Reihe von Themen vorgeschlagen, die für Netzwerktreffen von Interesse sein könnten, so z.B.:

- Genderbudgeting – wie geht das? Wer hat Erfahrungen damit?
- Wie lassen sich Bürger- und Beteiligungshaushalte finanzieren? Welche Förderrichtlinien gibt es?
- „Methodencheck“ – ein Vergleich zwischen den Kommunen: welche Methoden wurden zur Umsetzung eines BBHH angewendet, mit welchem Ergebnis? Was war die strategische Vorgehensweise der Kommune?
- „Modulset BBHH – vom Start bis zum Vollprogramm“: welche Strategien/ Etappen/ Methoden gibt es für die Einführung und Umsetzung eines BBHH in der Praxis? – dies schafft die Möglichkeit, Erfahrungen aus der Praxis zu analysieren, zu vergleichen und daraus zu lernen (und damit nicht immer „das Rad neu zu erfinden“).
- Wie lassen sich die Medien im Rahmen des Bürger- und Beteiligungshaushalts einbinden? Welche Potenziale und Grenzen gibt es? Welche Möglichkeiten und Erfahrungen der überregionalen Öffentlichkeitsarbeit gibt es? Wie kann sie organisiert werden?
- „Von der projektbezogenen Betrachtung zum Gesamthaushalt“: wie lassen sich auch mittel- oder längerfristige Haushaltsfragen behandeln und integrieren und somit Fragen der Nachhaltigkeit im Rahmen der Bürgerhaushalte berücksichtigen?
- Wie lässt sich mit dem häufigen Konflikt zwischen dem Selbstverständnis der Politik und der Idee der Bürgergesellschaft umgehen?
- Die Bedeutung des demografischen Wandels für die strategische Stadtentwicklung und den Bürgerhaushalt.

Ein Teilnehmer merkte hinsichtlich der thematischen Ausrichtung des Netzwerktreffens an, dass er grundsätzlich Erfahrungsberichte aus den Kommunen interessant finde, irgendwann würden sie aber langweilig. Es stelle sich die Frage, ob man nicht über einen reinen Erfahrungsaustausch hinausgehen könne um sich stärker einzelnen Themen zu widmen und diese zu bearbeiten (Themen s.o.). Auf diese Weise könne man sich stärker mit strategischen Zukunftsthemen beschäftigen – Fallbeispiele flößen dann eher thematisch und nicht als „Thema für sich“ ein. Wichtig sei, dass auch bei einer stärkeren thematischen Ausrichtung die kommunale Praxis der Referenz- und Mittelpunkt der Diskussion bleibe.

Erwartungen an die Servicestelle (über das Netzwerk hinaus)

Die von Herrn Dellbrügge eingangs skizzierten Ideen zur stärkeren Sammlung, Bündelung und Verbreitung von relevanten Informationen und Erfahrungen via Newsletter und Internet fanden viel Zuspruch bei den TeilnehmerInnen des Netzwerktreffens.

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass die Bereitstellung aktueller Informationen über das Internet hilfreich wäre („gemeinsame Projektplattform“). Es wurde auch diskutiert, dass es wünschenswert wäre, wenn die Servicestelle nicht nur Informationen bündeln, d.h. Dokumente ins Internet stellen würde, sondern diese auch auswerten könnte (und beispielsweise Kurzzusammenfassungen verfassen würde). Allerdings wurde auch deutlich, dass ein solches Vorgehen einen enormen Arbeitsaufwand für die Servicestelle bedeuten würde, der im Moment schwer zu leisten wäre und zentral von den Zulieferungen der Netzwerkteilnehmer abhängen wird.

Ein regelmäßiger Newsletter zum Thema Bürgerhaushalt wurde von den TeilnehmerInnen des Netzwerktreffens ebenfalls als sinnvoll erachtet. Im Rahmen der Diskussion wurde erörtert, ob ein „Newsletter BBHH“ besser Teil des regulären Newsletters der Servicestelle sein sollte. Dafür spräche, dass auf diese Weise auch Leute angesprochen würden, die noch nicht im Bereich des Bürgerhaushalts aktiv sind. Zudem hielte sich der Aufwand in stärkeren Grenzen, als wenn ein separater Newsletter verfasst würde – in diesem Sinn erscheint die Ergänzung des Newsletters um eine Rubrik spezifisch zum Thema Bürgerhaushalt eine für die Servicestelle machbare Strategie. Zusätzlich könnte der Newsletter auch die Funktion eines „schwarzen Brettes“ erfüllen um auf Entwicklungen, Veranstaltungen oder Veröffentlichungen von Kommunen und Organisationen hinzuweisen – und die Bürgerhaushalts-Akteure auf diese Weise wieder stärker zu vernetzen.

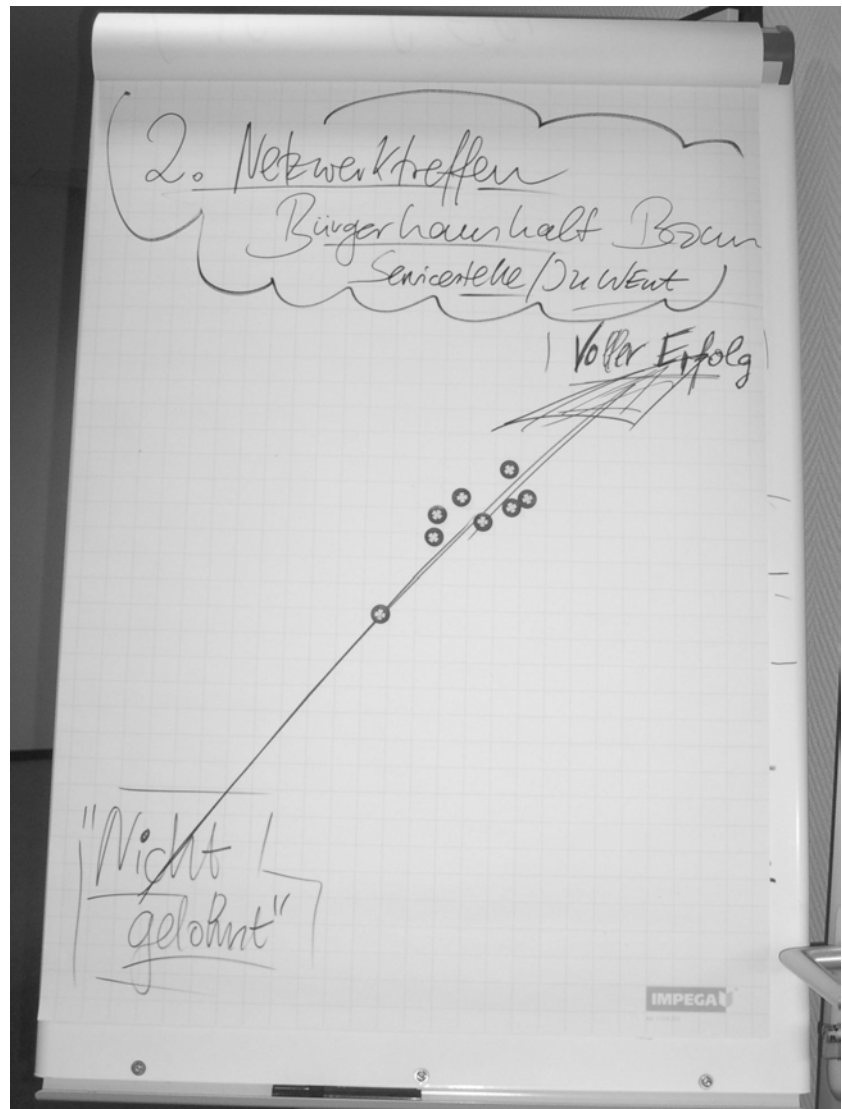
Ein anderer Wunsch, der an die Servicestelle formuliert wurde, beinhaltete eine Prozessberatung für Kommunen, die einen Bürgerhaushalts-Prozess anschieben (wollen).

Die Organisation der bundesweiten Netzwerktreffen durch die Servicestelle wurde auch noch einmal ausdrücklich als Wunsch genannt – und dass die Servicestelle die Funktion eines „Netzwerkmotors“ für den Erfahrungsaustausch übernehmen solle.

Zum Ende der Veranstaltung bedankte sich Ulrich Nitschke bei allen TeilnehmerInnen und fasste zusammen, dass InWEnt im Rahmen des Netzwerks zwar durchaus eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zum Bürgerhaushalt darstellen könne – gleichzeitig aber offensichtlich keine „Bürgerbewegung Bürgerhaushalt“ ins Leben rufen könne. Er ermunterte alle TeilnehmerInnen, regelmäßig Informationen an Herrn Dellbrügge zu schicken.

Als offene und noch zu klärende Fragen nannte er die tatsächliche Realisierung einer „Bürgerhaushaltsrubrik“ im Rahmen des regulären Newsletters der Servicestelle, der „Eine Welt Nachrichten“; die Europäische Union und interne Berichte, sowie die Frage, wie das Netzwerk und die Informationsangebote der Servicestelle noch stärker „Hilfe zur Selbsthilfe“ für Kommunen darstellen könne.

Die TeilnehmerInnen hatten die Möglichkeit, das Netzwerktreffen abschließend zu bewerten, und taten dies mit dem folgenden Ergebnis:





Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

SERVICESTELLE ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Bürger- und Beteiligungshaushalt

2. Netzwerktreffen

am 12.10.2004 in Bonn, Tulpenfeld 6

Programm:

10.30 Begrüßung

11.00 Erfahrungsberichte aus der Kommunalen Praxis:
wesentliche Schwierigkeiten, wesentliche Erfolgsfaktoren

- Berlin, Carsten Herzberg, Centre Marc Bloch, Erfahrungsbericht
- Groß-Umstadt, Reiner Michaelis, Erfahrungsbericht

12.15 – 13.00 Mittagessen

13.00 Fortsetzung: Erfahrungsberichte aus der Kommunalen Praxis:
wesentliche Schwierigkeiten, wesentliche Erfolgsfaktoren

- Hilden, Günter Scheib, BM Hilden, Erfahrungsbericht
- Leipzig, Frau Gallhoff, Stand der Dinge

14.00 Erfahrungsaustausch der PraktikerInnen

Festhalten der Diskussionsergebnisse:
Zentrale Erfolgskriterien des BürgerInnen- und Beteiligungshaushalts, zentrale
Hürden, Unterschiede je nach Größe der Stadt, etc.

14.30 Erwartungen an das BBHH Netzwerk

- Wer sollte noch einbezogen werden, z.B. Stiftungen, u.a.

15.30 Ende

Teilnehmer am Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt 12.10.2004

Vorname	Nachname	Institution	Adresse	Telefon	Fax	eMail
Josef	Ahlke	Stadt Erfurt Stadtentwicklungsamt / Lokale Agenda 21	Fischmarkt 11 99084 Erfurt	0361 / 655 23 24	0361 / 6552309	agenda21@erfurt.de; josef.ahlke@erfurt.de www.erfurt.de
Margarete	Gallhoff		Körnerplatz 4 04275 Leipzig			mgallhof@leipzig.de; margarete-gallhoff@t-online.de
Ralph	Griese	Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung KATE e.V.; Geschäftsstelle Stuttgart	Blumenstr. 19 70182 Stuttgart	0711 / 248397-16	0711 / 248397-22	ralph.griese@kate-stuttgart.org www.kate-stuttgart.org
Carsten	Herzberg	Centre Marc Bloch	Herrmann-Elfenbein-Str. 7 14467 Potsdam	0331 / 2009397		cherzberg@web.de
Susanne	Lietzmann	InWEnt gGmbH; Regionales Zentrum Baden-Württemberg	Königstr. 1 b 70173 Stuttgart	0711 / 227 54 32	0711 / 22754-20	susanne.lietzmann@inwent.org; susanne.hoelscher@inwent.org
Josef	Kömpel	Bundesstadt Bonn; Amt 20	Berliner Platz 2 53111 Bonn	0228 / 77 38 62	0228 / 77 3827	josef.koempel@bonn.de
Oliver	Märker	Fraunhofer-Institut, Autonome Intelligente Systeme (AIS); Mediation Systems Team	Schloss Birlinghoven 53754 Sankt Augustin	02241/14-24 20	02241/ 14-20 72	oliver.maerker@ais.fraunhofer.de www.ais.fraunhofer.de/MS/
Reiner	Michaelis	Gemeinde Groß-Umstadt	Markt 1 64823 Groß-Umstadt	06078 / 781277	06078 / 781226	r.michaelis@gross-umstadt.de www.gross-umstadt.de
Prof. Dr. Ludger	Sander	Bundesstadt Bonn; Amt 20	Berliner Platz 2 53103 Bonn	0228 / 77 2004	0228 / 77 3827	renate.schulte@bonn.de
Günter	Scheib	Stadt Hilden	Am Rathaus 1 40721 Hilden	0 21 03 / 72 100	02103 / 72 600	bm@hilden.de

Gender Mainstreaming Literatur

Quelle:

http://www.berlin.de/SenWiArbFrau/frauen/gender_gs/literatur.htm

Fachliteratur

Baer, Susanne: Gender Mainstreaming als Operationalisierung des Rechts auf Gleichheit. Ausgangspunkte, Rahmen und Perspektiven einer Strategie. In: Bothfeld/Gronbach/Riedmüller (Hrsg.): 2002, S. 41-62.

Baer, Susanne: Radikalität, Fortschritt und Gender Mainstreaming – zum Stand feministischer Rechtspolitik heute. In: Streit. Feministische Rechtszeitschrift 2(2003), S. 66-71.

Bericht der Landesregierung Schleswig-Holstein: Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips in der Landesverwaltung. Drucksache 15/521(neu).

Blickhäuser, Angelika, von Bargen, Hennig, Qualitätsstandards für Gender Trainings – Gender-Kompetenz. Heinrich Böll Stiftung. Berlin. Januar 2004.

Blickhäuser, Angelika: Gendertrainings – ein Modell zur Implementierung der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie. In: Krannich, Margret (Hrsg.): Geschlechterdemokratie in Organisationen. Frankfurt 1999, S. 85-92.

Bothfeld, Silke, Gronbach, Sigrid, Riedmüller, Barbara (Hrsg.): Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis. Frankfurt 2002.

Braunmühl, von Claudia: Gender Mainstreaming: neue Konzepte – neue Chancen? In: Nohr, Barbara/Veth, Silke (Hrsg.): Gender Mainstreaming – kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin 2002. S. 17-26.

Budlender, Debbie, Sharb, Rhonda, Allen, Kerri: How to do a Gender-Sensitive Budget Analysis. London 1998.

Budlender, Debbie: The Political Economy of Womens' Budget in South. In: World Development. Bd. 28.7(2000), S. 1365-1378.

Chancengleichheit und Gender Mainstreaming in der EU. Erarb. von Rösgen, Anne, Kratz, Maria-Theresia. Hrsg.: Fachhochschul-Fernstudienverbund der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen. Berlin 2003.

Czollekt, Leah C., Weinbach, Heike (Hrsg.): Was Sie schon immer über Gender wissen wollten ... und über Sex nicht gefragt haben. Berlin 2003.

Das Controllingkonzept. Der Weg zu einem wirkungsvollen Controllingsystem. Von Horváth und Partners. München 2003.

Döge, Peter: Geschlechterpolitik für alle. In: Deutsche und internationale Politik. Heft 9(2000), S. 1055-1058.

Döge, Peter: Gender-Mainstreaming als Modernisierung und Organisation – Ein Leitfaden für Frauen und Männer. In: Schriften des Instituts für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e. V. (IAIZ-Schriften). Bd. 2, Berlin 2001.

Emmrich, Astrid/ Krell, Gertraude: Managing Diversity-Trainings. In: Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik, 1998. S. 369-386.

Englert, Dietrich, Kopel, Mechthild, Ziegler, Astrid: Gender Mainstreaming im europäischen Sozialfond – das Beispiel Deutschland. In: WSI Mitteilungen 8(2002), S. 451-458.

Erster Bericht über die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung. Berichtszeitraum 2002/2003. Erarb. von Weinmann, Ute. (MzK: Drs/1924) 2003.

Färber, Christine: Gender Mainstreaming – Methoden der Verankerung. Praktische Erfahrungen. In: Gender Mainstreaming. Dokumentation der Fachtagung für Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Rheinland-Pfalz. Mainz 2001, S. 22-28.

Faustlich-Wieland, Hannelore: Gender Mainstreaming im Bereich der Kindertagesstätten. In: Ginsheim, Gabriele v./Meyer, Dorit (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Neue Perspektiven für die Jugendhilfe. Berlin: Stiftung SPI. Berlin 2001, S. 121-132.

Frey, Regina: Kriterien für geschlechtergerechte Haushaltsanalysen. In: Sperriger Name – lohnendes Ziel: Gender Budgeting. Dokumentation einer Veranstaltung im September 2002. Hrsg.: Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen. Februar 2003, S. 17-20.

Gender-Audit für die Landespolitik. Hrsg. in: PDS Fraktion im Sächsischen Landtag. Dresden 2003.

Gender Budget Initiatives. Strategies, Concepts and Experiences. Coordinated by Klot Jennifer, Holvoet, Nathalie, Villagomez, Elizabeth. Editet by Judd, Karen. New York 2002.

Gender u. Budgets. Key Texts, Case Studies, Tools, Gudies and Organsations. By Reeves, Hazel and Sever, Charlie. Institute of Development Studies. Brighton. February 2003.

Gender u. Budgets. Overview Report. By Hofbauer Balmori, Helena. Institute of Development Studies. Brighton. February 2003.

Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt. Konzepte und Erfahrungen. Hofmann/Körner/Färber/Geppert/Rösgen/Wanzek. Hrsg.: Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt. Opladen 2003.

Gender Mainstreaming. Was ist das? Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn 2002.

Gender Mainstreaming im Freistaat Sachsen. Konzept zur Umsetzung von Gender Mainstreaming auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Bereichen. Erarb. Von: Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung (IAIZ) e.V. Berlin in Berlin und Strategie 21 e. V. in Bonn. Hrsg.: Sächsisches Staatsministerium für Soziales. Dresden 2003.

Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik. Expertise erstellt von Färber, Christine/ Spitzner, Meike/Geppert, Jochen/Römer, Susanne. Bundesamt für Bauwesen Hrsg. Bonn 2002.

Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting? Überlegungen und Beispiele von DIANE ELSON und BRIGITTE YOUNG. Hrsg.: Heinrich Böll Stiftung. Berlin 2002.

Hagemann-White, Carol: Von der Gleichstellung zur Geschlechtergerechtigkeit: Das paradoxe Unterfangen, sozialen Wandel durch strategisches Handeln in der Verwaltung herbeizuführen. In: Sexualaufklärung und Familienplanung (BzgA) 4(2001)33.

Hauffe, Ulrike: Gender Mainstreaming im Verwaltungshandeln. Ein neues Steuerungsmodell zur tatsächlichen Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Hrsg.: PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Berlin 2003.

Hayn, Doris, Schultz, Irmgard: Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt. Endbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Frankfurt am Main 2002. www.isoe.de/ftp/Endbericht_GIA.pdf

Höying, Stefan: Gleichstellungspolitik als Klientelpolitik greift zu kurz. Die Möglichkeiten von Gender Mainstreaming aus dem Blickwinkel von Männern. In: Bothfeld/Gronbach/Riedmüller (Hrsg.). 2002, S. 199-228.

Höying, Stefan: Männerbündische Arbeitskultur am Beispiel von Personalpolitik. In: Krannich, Margret (Hrsg.): Geschlechterdemokratie in Organisationen. Frankfurt 1999, S. 93-98.

Implementierung von Gender Mainstreaming in Organisationen. Dokumentation eines Fortbildungskonzeptes. Sozialpädagogische Fortbildungsstätte Jagdschloss Glienicke. Berlin 2003.

Jung, Dörthe: Gender Mainstreaming als nachhaltige Veränderungsstrategie. In: Geschlechterdemokratie wagen. Hrsg.: Heinrich Böll Stiftung. Königstein 2003, S. 193-202.

Jung, Dörthe, Küpper, Gunhild: Gender Mainstreaming und betriebliche Veränderungsprozesse. Bielefeld 2001.

Jung, Dörthe: Arbeitsorganisatorischer Wandel und Geschlechtergerechtigkeit. In: Krannich, Margret (Hrsg.): Geschlechterdemokratie in Organisationen. Frankfurt 1999, S. 11-14.

Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und für Männer. Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Untersuchung erstellt von Erbe, Birgit. Im Auftrag der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München. München 2003.

Krannich, Margret (Hrsg.): Geschlechterdemokratie in Organisationen. Frankfurt 1999.

Krell, Gertraude/Mückenberger, Ulrich/Tondorf, Karin: In: Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Hrsg.): Gender Mainstreaming – Informationen und Impulse. Hannover 2000.

Leitfaden zur Bewertung geschlechtsspezifischer Auswirkungen. Hrsg.: Europäische Kommission. Luxemburg, 1996.

Machbarkeitsstudie Gender-Mainstreaming in der Strukturförderung des Landes Brandenburg. Hrsg.: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg. Potsdam 2001.

Madörin, Mascha: Gender Budget. Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming. In: Widersprüche 44, 23. Jg.1. Halbjahr 2003, S. 35-51.

Nohr, Barbara, Veth Silke (Hrsg.): Gender Mainstreaming – kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin 2002.

Pfeifer, Andreas, Mascha, Madörin von Felten, Schwendener, Peter: Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen. Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt. Hrsg.: Gleichstellungsbüro, Statistisches Amt und Frauenrat des Kantons Basel-Stadt 2003.

Rauw, Regina: Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit – eine neue Strategie, aber kein neues Thema. In: Jansen, Mechthild, Römig, Angelika, Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming – eine Herausforderung für den Dialog der Geschlechter. München 2003, S. 253-269.

Sauerborn, Werner: Von der Frauenpolitik zur integrierten Geschlechterpolitik. In: Geschlechterdemokratie wagen. Hrsg.: Heinrich Böll Stiftung. Königstein 2003, S. 27-39.

Schmidt, Verena: Gender Mainstreaming als Leitbild für Geschlechtergerechtigkeit in Organisationsstrukturen. In: Zeitschrift für Frauen- und Geschlechterforschung. 1(2001), S. 45-62.

Schratzenstaller, Margit. Gender Budgets – ein Überblick aus deutscher Perspektive. In: Bothfeld/Gronbach/Riedmüller (Hrsg.): Frankfurt 2002, S. 133 – 155.

Schultz, Irmgard: Geschlechterperspektiven im Verbraucherschutz. Noch weit vom Mainstream entfernt. In: Ökologisches Wirtschaften, 2003. Ausgabe 3-4, S. 20-21.

Schultz, Irmgard, Hummel, D.: Gender in der europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung. Ergebnisse einer Gender-Analyse des Umweltprogramms der EU (5. Forschungsrahmenprogramm). Soziale Technik, 3(2002), S. 19-21.

Schunter-Kleemann, Susanne: Mainstreaming – die Geschlechterfrage und die Reform der europäischen Strukturpolitik. In: Zeitschrift für Frauenforschung. 3(1998); S. 22-33.

Schunter-Kleemann, Susanne: Gender Mainstreaming, Workfare und „Dritte Wege“ des Neoliberalismus. In: NOHR/Veth (Hrsg.): Gender Mainstreaming – kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin 2002, S. 125-141.

Schweikert, Birgit: Alles Gender – oder? Die Implementierung von Gender Mainstreaming auf Bundesebene. In: Bothfeld/Gronbach/Riedmüller (Hrsg.). Frankfurt 2002, S. 83-105.

Seeland, Suzanne, Wielütz, Renate: Gender Mainstreaming beim ESF-Einsatz in Berlin. Vortragsfolien zur Fachtagung „Chancen erkennen – Gleichheit sichern: Gender Controlling am Beispiel der Europäischen Sozialfonds. www.zfbt.de/chance/gender_tagung/seeland_folien.pdf Stand: 14.10. 2003

Stiegler, Barbara: Frauen im Mainstreaming. Politische Strategien und Theorien zur Geschlechterfrage. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn 1998.

Stiegler, Barbara: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming. In: Bothfeld/Gronbach/Riedmüller (Hrsg.): Frankfurt 2002, S. 19-40.

Stiegler, Barbara: Gender Mainstreaming. Postmoderner Schmusekurs oder geschlechterpolitische Chance? Argumente zur Diskussion. In: Expertisen zur Frauenforschung. Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik (Hrsg.) Bonn 2003.

Tondorf, Karin: Gender Mainstreaming – verbindliches Leitprinzip für Politik und Verwaltung. In: WSI Mitteilungen 4/2000, S. 271-277.

Tondorf, Karin: Gender Mainstreaming in der Tarifpolitik. In: WSI Mitteilungen 7/2001, S. 434-445.

Weg, Marianne: Gender Mainstreaming als gleichstellungsfördernde Politikmethode. Wiesbaden 2001 (Manuskript).

Weg Marianne: Gender Mainstreaming – Zukunftsstrategie für Gleichstellungspolitik. In: Schachel, Ingrid (Hrsg.): Gender Mainstreaming – Kritische Reflexionen. Innsbruck 2003.

Weinmann, Ute: Gender Budget in der Berliner Politik und Verwaltung. Vortrag im Berliner Abgeordnetenhaus. Berlin 2003 (s. unter Gender Budget) www.berlin.de/gendermainstreaming

Zielvereinbarungen als Instrument erfolgreicher Gleichstellungspolitik. Ein Handbuch. Hrsg. von den Frauenbeauftragten der Berliner Universitäten. Kirchlinteln 2002.

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012. Bonn, August 2003.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004.
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gewinn und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Januar 2005. [in Vorbereitung]

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
 - Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
 - Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.
 - Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002.
 - Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002.
 - Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
 - Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
 - Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
 - Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003.
-

- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004.
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004.
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003)
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003)
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004)

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch vergriffen; Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch) [in Deutsch vergriffen]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Über uns – Flyer der Servicestelle (in Deutsch)

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003.
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.

- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Über uns

SERVICESTELLE ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Fünf Zukunftsthemen und die vielfältigen Serviceangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt haben zum Ziel, den bestehenden Handlungsspielraum der Kommunen – den der Entscheider in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – zu beleben und zu erweitern. Sie werden als Chancen und Herausforderungen zur Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit – d.h. als Potenzial zur Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien – angesehen.

Diese Themen und die dazugehörigen Beratungstools für lokale Akteure sind eng verknüpft. Ziel ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu beleben. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit – d.h. die Multikulturalität und Internationalität der deutschen Kommunen, ist dabei eine erstaunlich ergiebige Ressource, die bisher kaum genutzt wird.

Der Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog

Transparenz und Bürgerbeteiligung erweitern den kommunalen Handlungsspielraum und die politische Gestaltung – trotz leerer Kassen.

Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften – Eine Welt beginnt vor Ort

Kommunale Partnerschaften erweitern die Lösungskompetenz von Politik, Verwaltung sowie Nichtregierungsorganisationen. Wir helfen Ihnen bei der Gründung nachhaltiger Partnerschaften.

Faires Miteinander – Die interkulturell kompetente Kommune im Jahr 2012

Die Nachfrage aus kommunalen Verwaltungen zu interkulturellen Themen wächst.

Faires Beschaffungswesen – Der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels

Fair gehandelter Kaffee wird bisher nur in den wenigsten Rathauskantinen getrunken. Und zum Handeln gibt es mehr als Kaffee!

Kulturen der Welt vor Ort – ein reizvolles Thema für Stadt und Land

Kultur spielte lange Zeit in Agenda-Prozessen und Eine-Welt-Arbeit kaum eine Rolle. Dieses Thema stärkt das kommunale Image.

Die Servicestelle ist Mitglied im Forum Fairer Handel (www.forum-fairer-handel.de)